Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg, im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 126. **Donnerstag, den 20. Oktober 1932.** **35. Jahrg.**

70 Millionen Reichsmark mehr Sozialleistungen

Verbesserung der Sozialhilfe.

11 Millionen monatliche Mehrleistung für Arbeitslose.

Durch die letzte große Notverordnung des Reichspräsidenten wurde die Reichsregierung ermächtigt, gewisse Reformen an der Sozialversicherung vorzunehmen. An diese Ermächtigung knüpften sich gleich nach der Bekanntgabe in einem Teil der öffentlichen Meinung die schwärzesten Vermutungen über beabsichtigte Kürzungen der Sozialleistungen. Durch die jetzt veröffentlichte Verordnung zur Ergänzung der Sozialleistungen, die auf Grund dieser Ermächtigung ergangen ist, werden diese Vermutungen als irrig erwiesen, denn die Verordnung bringt nicht eine Kürzung, sondern eine Erhöhung gewisser Versicherungsleistungen, soweit sie im Rahmen der noch immer angespannten finanziellen Lage der Versicherungsträger bis jetzt möglich ist.

Die Reichsregierung war im Sommer dieses Jahres wegen der trostlosen finanziellen Lage des Versicherungsträgers zu starken Einschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung gezwungen. Sie hat damals die harten Maßnahmen nicht vermeiden können, sie begrüßt es, daß jetzt in gewissem Umfange die Möglichkeit geboten ist, die Leistungen zu ergänzen.

Durch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung fließen den Arbeitslosen jetzt monatlich 11 Millionen Mark mehr zu als bisher. Die Reichsregierung beabsichtigt, in dieser Hinsicht noch mehr zu tun, sobald die finanzielle Lage es zuläßt.

Über die Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Die Verordnung bringt an erster Stelle eine

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen zwei Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf drei Reichsmark und bei mehr als vier Angehörigen auf vier Reichsmark. Arbeitslosen, die einer höheren Lohnklasse als VI angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

Die neue Verordnung beseitigt ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der Notverordnung vom 14. Juni ergaben. Sie enthält eine weitere Vorschrift, wonach zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegrößen in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 ergeben, aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von acht Millionen Reichsmark verwendet werden kann.

In der Krankenversicherung

hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche Mehrleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 Prozent des Grundlohnes) nicht übersteigt. Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfange Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Überschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß anstelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitragserhöhungen dafür werden im allgemeinen nicht notwendig sein.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert alle Unfallrenten, auch die Renten für Unfälle der Gegenwart und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß

die Renten und Unfälle,

die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, nicht mehr gekürzt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich

der Kriegsopferrenten

vor. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 Mark im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtage festgestellten Renten gelten.

Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in Aussicht genommen, daß

in der Rentenversicherung

für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gesetzlichen Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausführung dieser Vorschrift trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen. Danach wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Über die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet. Die Invalidenversicherung wird daher leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können. Auch hier kann sich aber die Lage ändern, wenn die finanziellen Unterlagen der Invalidenversicherung in Ordnung gebracht sind.

*

Die Aufwendungen der neuen Sozialverordnung.

Mittelweg zwischen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen.

Die Gesamtaufwendungen der Verordnung zur Ergänzung von Sozialleistungen belaufen sich auf jährlich rund 70 Millionen Mark. In der Arbeitslosenhilfe beträgt der Mehraufwand für die Zeit vom 31. Oktober bis 31. März rund elf Millionen Mark monatlich, also insgesamt 55 Millionen Mark. Die Verbesserung der Unfallrente beziffert sich auf jährlich vier Millionen Mark. Der Mehrbedarf durch die Verbesserung im Verhältnis der Kriegsbeschädigtenrente zur Invalidenrente beläuft sich im ersten Jahre auf rund eine Million Mark. Die Verbesserung der Kriegsbeschädigtenrente beziffert sich in ihrer Auswirkung auf zehn bis elf Millionen Mark.

Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium erklärte vor Pressevertretern, daß die Verordnung den Mittelweg einhalte, denn sie sei sowohl nach wirtschaftlichen als nach sozialen Gesichtspunkten verfaßt worden. Was die Milderung bezüglich der Kriegsopferrente angehe, so sei es der besondere Wunsch des Reichspräsidenten gewesen, daß die Kriegsopfer von gewissen Hemmungen rechtmäßiger und verwaltungsmäßiger Art befreit werden sollten. Für die Kriegsbeschädigten ist in Zukunft eine Freigrenze in Höhe von 25 Mark eingeführt werden, d. h. an einem Beispiel erläutert: bezieht jemand eine Kriegsrente in Höhe von 50 Mark und erhält dazu eine Invalidenrente von 40 Mark, so war nach dem bisherigen Recht der Anspruch aus der Invalidenrente bereits durch die Kriegsopferrente gedeckt. Wenn nun eine Freigrenze von 25 Mark eingeführt wird, so muß künftig aus der Invalidenrente noch ein Betrag von 15 Mark gezahlt werden. Bei den Kannbezügen läßt die Verwaltung, wie Staatssekretär Grieser weiter erklärte, die Rücksicht walten, die den Kriegsopfern zukomme. Das gelte insbesondere für die Kapitalabfindung bei Zwangsversteigerung von Grundstücken usw.

Unterstützungsempfänger müssen wieder Lohnempfänger werden!

Reichsarbeitsminister Schäffer sprach im Rundfunk über die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen. Er führte u. a. aus: Es kommt weniger auf den Abstand zwischen der Zahlenreihe der Arbeitslosigkeit von heute und der des Jahres 1931 an, bezeichnend ist vielmehr die Richtung, nach der sich die beiden Zahlenreihen bewegen. Bei dem Abstieg von der Höhe des letzten Winters bis jetzt hat sich das Heer der Arbeitslosen stark und fast ohne Unterbrechung — im ganzen um 1 030 000 Mann — verringert. Wenn auch für die erste Oktoberhälfte dieses Jahres abschließende Zahlen noch nicht bekannt sind, so sprechen doch die vorläufigen Meldungen gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer in diesem Zeitabschnitt. Für

die beginnende Genesung der Wirtschaft

führte der Minister weiter die Bschäftigtenziffer an und verwies dabei auf die Statistik des ADGB. Damit stimme eine weitere Tatsache überein: Bei den Versicherungsträgern ziehen die Beitragseinnahmen langsam an. Zu den Ursachen dieser befreienden Erscheinung gehört auch der Wirtschaftsplan der Reichsregierung. Wenn die Reichsregierung daraus jetzt die notwendigen Folgerungen auf dem Gebiete der sozialen Leistungen zieht, so entspricht das der unaufhörlichen Wechselwirkung zwischen Sozialpolitik und Wirtschaft.

Unentbehrlich ist das Brot der Unterstützung, würdiger aber das Brot aus der Arbeit. Deshalb wird die Reichsregierung alles daransetzen, durch Vergebung von öffentlichen Arbeiten, vor allem aber durch einen Auftrieb in der freien Wirtschaft, aus Unterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen. Sie läßt sich von diesem Ziel nicht abbringen.

Mit Genugtuung stelle ich fest, daß sich mit der Krisenwende immer mehr auch ein Wandel in der Geisteshaltung verbindet. Im Arbeitsdienst stehen jetzt mehr als 200 000 Dienstwillige ohne Unterschied des Bekenntnisses oder der politischen Partei. In diesem Punkte können die Alten von den Jungen noch lernen. Bei den öffentlichen Arbeiten finden etwa 140 000 bis 150 000 Arbeiter ihr Brot. Der Verordnung vom 5. September verdanken bis jetzt rund 51 000 Arbeitslose die Wiedereinstellung in den Betrieb. Einen besonderen Auftrieb in der Beschäftigungsziffer erwartet die Reichsregierung von den Steuergutscheinen. Von dem Arbeitgeber muß als zusätzliches Opfer verlangt werden, daß er auch eigene Mittel einsetzt im wachsenden Vertrauen darauf, daß das Wirtschaftsrad in Schwung kommt. Zur Förderung des Baues von Eigenheimen wird die Reichsregierung für die Deckung von Spitzenbeträgen Hypothekendarlehen in Abschnitten von 1500 bis 2000 Mark gewähren. Dafür wird der Haushalt 1933 und 1934 bis zu 20 Millionen Mark einsetzen.

Kurze politische Nachrichten.

Die deutsche Kontingentierungsabordnung ist — von Rom kommend — in Paris eingetroffen. Die Verhandlungen haben sofort begonnen.

*

Das technische Abkommen zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die Reichsliste ist für die Wahlen vom 6. November unverändert erneuert worden.

*

Amerikanische Zeitungen hatten gemeldet, daß Reichspräsident von Hindenburg kürzlich auf der Treppe gestürzt sei und schweren Schaden genommen habe. Diese Meldung ist völlig unzutreffend. Richtig ist lediglich, daß der Reichspräsident kürzlich auf dem Boden ausgerutscht ist, aber ohne jeden Schaden zu nehmen. Er hat seine Amtstätigkeit überhaupt nicht zu unterbrechen brauchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321020-19/fragment/page=0001

Eine erste unpolitische Notverordnung.

Der Kraftwagendiebstahl soll wirksamer bekämpft werden. Eine Rede des Reichsjustizministers.

Reichsjustizminister Dr. Gürtner machte anläßlich eines Vortrages in Berlin wichtige Mitteilungen über Maßnahmen der Reichsregierung zur verschärften Bekämpfung des Kraftwagendiebstahls. Die Rechtsprechung müsse außerordentlich schwer ringen, um die Frage des Autodiebstahls zu lösen und auch den Schwarzfahrer seiner Bestrafung zuzuführen. Mit dem Diebstahlsparagraphen könne das nicht befriedigend gelöst werden. Daß man bisher noch kein besonderes Gesetz oder eine Verordnung zur Bekämpfung des Kraftwagendiebstahls erlassen habe, daran sei die Erwägung schuld gewesen, daß man dem deutschen Volke überhaupt ein neues Strafgesetz zu geben beabsichtige. Da dies aber doch noch einige Zeit dauern würde, habe das Reichsjustizministerium jetzt dem Reichskabinett den Vorschlag gemacht, eine Notverordnung zu erlassen, um Strafbestimmungen zu schaffen, durch die die Gerichte in die Lage versetzt werden sollen, das Problem der Bekämpfung des Autodiebstahls befriedigend zu lösen. Der Erlaß dieses Strafgesetzes als Notverordnung sei als ein dauernder gedacht. Das Reichskabinett habe die Vorlage bereits gebilligt; es fehle lediglich die Unterschrift des Reichspräsidenten, um sie zu veröffentlichen. Während bisher nur die Entwendung eines Fahrzeuges strafbar war, solle nunmehr auch das Ingebrauchnehmen, also das unberechtigte Fahren mit einem Fahrzeug, unter das Strafgesetz fallen.

Zunahme der Beschäftigten.

Die Gewerkschaftsstatistik bestätigt die Abnahme der Arbeitslosenzahl.

Die Statistiken des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ergeben entsprechend den amtlichen Veröffentlichungen ebenfalls eine Abnahme der Arbeitslosenzahl. Die Zahl der vom ADGB. erfaßten Arbeitslosen betrug Ende September 1 404 788 gegen 1 436 313 Ende August, so daß eine Abnahme von 31 525 Personen zu verzeichnen ist. Die Zahl der kurzarbeitenden Gewerkschaftsmitglieder fiel von 725 336 auf 701 527, also um 23 809 Personen.

Zweckmäßige Badekleidung.

Der abgeänderte Zwickelerlaß.

Gegen den Zwickelerlaß des Reichskommissars Bracht waren sowohl von einem großen Teil des Badepublikums als auch von der Bekleidungsindustrie scharfe Proteste erfolgt. Daraufhin haben, um alle Härten der Verordnung zu beseitigen, neue Besprechungen mit den Vertretern der Badeanzugindustrie und des Textilhandels im preußischen Innenministerium stattgefunden.

Die Besprechungen haben, wie amtlich mitgeteilt wird, zu einer Einigung aller Beteiligten über die polizeilichen Anforderungen an eine zweckmäßige und geschmackvolle Badekleidung geführt, die dem sittlichen Empfinden der Bevölkerung entspricht. Damit sind die gegen den Erlaß vom 28. September entstandenen Bedenken der beteiligten Wirtschaftskreise ausgeräumt.

In den nächsten Tagen werden der Öffentlichkeit noch nähere Ausführungsbestimmungen zu der neuen Verordnung übergeben werden. Sie werden vor allem die Bestimmung enthalten, daß der weibliche Rückenausschnitt statt nur bis zu den Schulterblättern jetzt bis zur Gürtellinie gehen darf. Die Polizei ist nach wie vor mit der Überwachung bei der Durchführung der Vorschriften beauftragt. Sie ist allerdings angewiesen worden, diese Überwachung nicht schikanös zu handhaben.

Reichsbahnanschläge aufgeklärt.

Zwei Eisenbahner in Braunschweig in Haft genommen.

Wie vom Braunschweiger Landeskriminalpolizeiamt mitgeteilt wird, wurden wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an den vor einigen Jahren in und um Braunschweig verübten Anschlägen auf die Signaleinrichtungen und Züge der Reichsbahn sowie wegen dringenden Verdachts damit zusammenhängender Amtsunterschlagungen und Urkundenfälschungen zwei Reichsbahnbeamte in Untersuchungshaft genommen und dem Amtsgericht Braunschweig zugeführt.

Ein Wahlaufruf des deutschen Handwerks

Im Einvernehmen mit dem Reichsverband des Deutschen Handwerks übergibt die Gruppe der Handwerksbünde in Hannover der Öffentlichkeit einen Wahlaufruf, in dem zunächst nochmals auf die Notlage des deutschen Handwerks hingewiesen wird. Das Handwerk fordere die sofortige Herbeiführung unmittelbarer Maßnahmen, „um endlich die bisher in Gesetzgebung und Verwaltung vernachlässigte Handwerkswirtschaft wieder in Gang zu bringen". Darum gelte es für jeden Handwerker, am 6. November seine Pflicht zu tun und zur Wahlurne zu gehen. Die Handwerker werden aufgefordert, ihre Stimme den Parteien zu geben, die für die Freiheit der Nation, für Recht und Wohlfahrt des Volkes, für den Gedanken der selbstverantwortlichen Persönlichkeit und die Sicherung und Erhaltung des Privateigentums und darum für eine positive Politik des Schutzes und der Förderung des gewerblichen Mittelstandes eintreten.

Keine Wahlreden im Rundfunk.

Berlin. Das Reichsministerium des Innern hat jetzt beschlossen, den politischen Parteien den Rundfunk im gegenwärtigen Wahlkampf für Wahlreden nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Das gesamte belgische Kabinett ist zurückgetreten, da sich Ministerpräsident Renkin weigerte, die Auflösung von Kammer und Senat durchzuführen. Man rechnet mit einem Geschäftsministerium, das als einzige Aufgabe hat, Kammer und Senat sofort aufzulösen. Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Parlamentskrise, sondern um eine Krise des Regimes.

Reichskanzler von Papen als Zeuge

Klepper-Ausschuß ladet den Reichskanzler als Zeugen.

Bei der Fortsetzung der Vernehmung des früheren preußischen Finanzministers Dr Klepper im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages erklärte der Zeuge im Verlauf der Fragestellung, daß die Übernahme eines Aktienpaketes der Germania durch die Preußenkasse deshalb erfolgt sei, um zu verhindern, daß Reichskanzler von Papen die Aktienmehrheit der Germania erhielte.

Da Dr. Klepper sich sodann wiederholt weigerte, zu der Frage, ob die Preußenkasse im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl einen Wahlausschuß unterstützt habe, Stellung zu nehmen, hat der Ausschuß beschlossen, zunächst die Aussagegenehmigung des Staatsministeriums hinsichtlich der Beantwortung dieser Frage einzuholen. Gleichfalls lehnte der Zeuge Klepper die Beantwortung der Frage, ob Gelder zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung gegeben worden seien, ab. Die Nationalsozialisten erklärten darauf: „Das genügt uns."

Der frühere Ministerpräsident Dr. Braun

wurde dann vernommen. Er erklärte, daß er in dem vorliegenden Falle keinerlei politische Bedenken gegen die Hergabe der Mittel gehabt habe; ihm sei die Sache aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht gewesen. Auf die Frage, ob die Hergabe solcher Mittel für den vorliegenden Zweck nach seiner Ansicht zu dem Aufgabenkreis der Preußenkasse gehört habe, erwiderte Braun ironisch, er habe geglaubt, daß der Aufgabenkreis der Preußenkasse außerordentlich weit gezogen sei, da sie ja Millionen für einen russischen Hochstapler wie Uralzew ausgegeben habe. Auf die Frage, ob Gelder für die Reichspräsidentenwahl ausgegeben worden seien, erwiderte der Zeuge, daß ihm nichts davon bekannt sei. Minister a. D. Hirtsiefer erklärte dann ebenfalls, daß er sich für die Angelegenheit aus grenzpolitischen Gründen entschieden habe. Es wurde darauf beschlossen, als neue Zeugen u. a. Reichskanzler von Papen und Staatssekretär Planck zu laden.

*

Auch der Reichswehrminister als Zeuge?

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages vertagte sich nach der Zeugenvernehmung des Reichskanzlers, des Staatssekretärs Planck von der Reichskanzlei und einiger anderer Persönlichkeiten auf Donnerstag. An diesem Tage soll die Angelegenheit der Kölnischen Volkszeitung abgeschlossen werden. Ferner soll dann auch über einen kommunistischen Antrag auf Ladung des Reichswehrministers Schleicher entschieden werden. Der Reichswehrminister soll sich nach dem Antrag über angebliche finanzielle Zuwendungen des Reichswehrministers an bestimmte Zeitungen äußern.

*

Die Finanzierung der Kölnischen Volkszeitung.

Fortgang der Beratungen im Untersuchungsausschuß.

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages setzte seine Beweisaufnahme zum Untersuchungsfall Kölnische Volkszeitung fort.

Als erster Zeuge der Mittwochsitzung wurde das Vorstandsmitglied der Kölner Görres-Haus-A.-G., in deren Verlag die Kölnische Volkszeitung erscheint, Konsul Maus, vernommen. Der Zeuge sagte aus, daß er im Frühjahr 1930 mit Minister Hirtsiefer eine Besprechung gehabt habe, die der Frage der

Werbung neuer Aktionäre

für die zu gründende Görres-A.-G. gedient habe. Bei dieser Gelegenheit sei auch davon gesprochen worden, daß die preußischen amtlichen Stellen sich gegebenenfalls an der Görres-Haus-A.-G. beteiligen würden. Später hätten Verhandlungen mit dem Präsidenten Klepper von der Preußenkasse stattgefunden, die zu einer Beteiligung amtlicher Stellen geführt hätten. Es sei aber ausdrücklich vereinbart worden, daß ein politischer Einfluß auf die Kölnische Volkszeitung nicht genommen werden dürfe. Im Verlaufe seiner weiteren Vernehmung bekundete Konsul Maus auf Befragen, die Görres-Haus-A.-G. sei so gut aufgebaut gewesen, daß sie sich nach menschlichem Ermessen rentieren mußte. Seit dem 1. August habe die Kölnische Volkszeitung auch wieder 9000 Abonnenten gewonnen. Er wies darauf hin, daß, wenn jetzt keine Dividende gezahlt werde, dies die Folge davon sei, daß das Anzeigengeschäft infolge der Wirtschaftskrisis katastrophal heruntergegangen sei. Es entspann sich dann eine eingehende Auseinandersetzung über die Frage, ob der Zeuge wußte, daß

der eigentliche Finanzier des Geschäftes die Preußenkasse

bzw. der Staat gewesen sei. Der Zeuge sagte aus, daß Interessen des Staates dahinterstanden, sei ganz selbstverständlich gewesen, daß aber die Preußenkasse das Geld gegeben habe, habe er nicht gewußt. Die Stellung Kleppers habe er immer nur als die eines sachverständigen Beraters des Ministers Hirtsiefer aufgefaßt.

Nach Abschluß der Vernehmung des Zeugen Konsul Maus kam es zu einer lebhaften Erörterung darüber, ob der Zeuge sofort vereidigt werden solle. Von nationalsozialistischer Seite wurde erklärt, daß zwischen seiner Aussage und einem Brief Kleppers über die Beteiligung der Preußenkasse

Widersprüche beständen.

Obwohl der Zeuge sich bereit erklärte, den Eid sofort zu leisten, wurde beschlossen, die Vereidigung vorläufig auszusetzen.

Der Vorsitzende trug dann aus den Akten vor, daß der Zeitpunkt der Beantwortung der deutschnationalen Landtagsanfrage über die Beteiligung der Preußenkasse an der Kölnischen Volkszeitung verzögert worden sei. Daraus gehe hervor, daß die Antwort der Regierung, in der eine Beteiligung verneint wurde, so lange zurückgehalten worden sei, bis die vorübergehende Übernahme des Kredits durch die Arbeiterbank erfolgt war.

Nach einer kurzen Vernehmung des Kölner Bankdirektors Dr. Brüning, die keine neuen Tatsachen ergab, wurden Direktoren der Preußenkasse vernommen.

Darauf wurde

Reichskanzler von Papen

als Zeuge über die Frage gehört, ob ihm bekannt sei, daß im Jahre 1930 mit Mitteln der Preußenkasse über die Görreshaus-Gesellschaft Aktien der Germania angekauft worden seien, um zu verhindern, daß er, von Papen, die Aktienmajorität bei der Germania bekäme. Reichskanzler von Papen erklärte, ihm sei wohl ein derartiges Gerücht bekannt gewesen, er habe aber keine Gewißheit über diese Gerüchte erhalten können. Erst durch die kürzlich erfolgte Nachprüfung in der Preußenkasse sei festgestellt, daß Mittel dieses Instituts für den Ankauf von Germania-Aktien Verwendung gefunden hätten. Es habe sich um einen Teil eines Aktienpaketes gehandelt, das früher im Besitz des Ministerialdirektors Spiecker gewesen sei.

Auf die Frage eines kommunistischen Ausschußmitgliedes,

ob die Reichsregierung Pressenunternehmungen unterstütze,

erwiderte der Reichskanzler, außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln seien seitens der Reichsregierung, solange er an ihrer Spitze stehe, zum Zwecke der Presseeinflussung in irgendeiner Form, sei es durch Kauf, sei es durch eine andere Einflußnahme, keinerlei Mittel aufgewandt worden. Die Frage, ob er persönlicher Besitzer von Germania-Aktien sei oder ob er die Aktien als Treuhänder verwalte, beantwortete der Reichskanzler dahin, daß er persönlicher Besitzer sei. Die Aktien habe er seinerzeit erworben, um einen konservativen Einschlag in der Politik der Germania zum Ausdruck zu bringen. Damit war die Vernehmung des Reichskanzlers beendet.

Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei wurde gefragt, ob es üblich sei, Zeitungen aus Reichsmitteln zu unterstützen. Der Zeuge verwies, wie der Reichskanzler, darauf, daß für solche Zwecke nur die im Haushalt angesetzten Mittel in Frage kämen. Außerhalb dieses Rahmens seien keinerlei Gelder zur Unterstützung oder Beeinflussung einer Zeitung gegeben worden.

Preußenkasse und Kölnische Volksztg.

Die Verhandlungen im Untersuchungsausschuß.

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages begann unter starkem Andrang die Zeugenvernehmung zum Untersuchungskomplex „Kölnische Volkszeitung". Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft wohnte der Sitzung bei, während die Regierung selbst nicht vertreten war.

Als erster Zeuge wurde der frühere Finanzminister

Dr. Klepper in den Saal gerufen.

Dr. Klepper erklärte zunächst, daß er es ablehnen müsse, auf Fragen des Berichterstatters Abgeordneten Steuer zu antworten, da Steuer in der Öffentlichkeit bereits über ihn ein Urteil abgegeben habe, das er als beleidigend empfinde. Entsprechend einem Zentrumsantrag wurde nach erregten Zusammenstößen zwischen dem Abgeordneten Steuer und Zentrumsabgeordneten beschlossen, die Fragen des Berichterstatters Abgeordneten Steuer durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Zubke (Dtn.) und den Mitberichterstatter, Abgeordneten Dr. Muhs (Natsoz.) an den Zeugen stellen zu lassen.

Die Aussagen Kleppers hielten sich im wesentlichen im Rahmen der bereits von ihm der Öffentlichkeit übergebenen Erklärungen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß

die Geldhergabe für die Kölnische Volkszeitung

doch nicht zu den statutenmäßigen Geschäften der Preußenkasse gehörte, erwiderte Klepper, es sei ständige Praxis gewesen, daß solche Geschäfte, die nur mittelbar mit den Zwecken der Preußenkasse zusammenhingen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollen, dann durchgeführt werden können, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung geschehe. Solche Geschäfte seien sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach dem Kriege durchgeführt worden. Auf weitere Fragen erwiderte der Zeuge über die vertrauliche Behandlung dieser Transaktion, es sei allgemein so, daß Regierungen, wenn sie der Presse in irgendeiner Form finanziell zu Hilfe kämen, dies streng vertraulich täten.

*

Prüfungen der Staatsanwaltschaft.

Während der frühere preußische Finanzminister Klepper vor dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft, die als Vertreter Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kreismann entsandt hat, vernommen wurde, stellte zur gleichen Stunde die Staatsanwaltschaft bei der Preußenkasse und im Finanzministerium Ermittlungen an. Oberstaatsanwalt Lautz hat in die verschiedensten Akten der Preußenkasse und des Finanzministeriums Einsicht genommen.

Die standesamtliche Trauung auf der Veste Coburg.

Bürgermeister Schwede als Standesbeamter.

Am Mittwoch vormittag fand im Hornzimmer der Veste Coburg die standesamtliche Trauung des Prinzen Gustav Adolf von Schweden mit der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Coburg und Gotha statt. Die Trauung vollzog der Erste Bürgermeister Schwede in seiner Eigenschaft als oberster Standesbeamter unter Assistenz eines zweiten Standesbeamten. Als Trauzeugen fungierten der Kronprinz von Schweden und der Herzog von Coburg.

Die Trauhandlung wurde durch kurze Ausführungen des Standesbeamten eingeleitet. Bürgermeister Schwede wies auf die besondere Bedeutung dieser Verbindung des herzoglichen Hauses mit dem schwedischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321020-19/fragment/page=0002

Königshause hin. Er erinnerte an die gemeinsame Verteidigung der Veste Coburg durch Schweden und Coburger vor 300 Jahren und meinte, daß dieses historische Datum eine gute Vorbedeutung für den zu schließenden Bund sei, Er machte dann das Brautpaar auf die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches aufmerksam und vollzog mit den vom Gesetze vorgeschriebenen Fragen an den Bräutigam und die Braut die Trauung. Die Urkunde wurde von dem jungen Ehepaar und von den Trauzeugen unterzeichnet. Die Neuvermählten nahmen sodann die Glückwünsche der Anwesenden entgegen.

Das Brautkleid der Prinzessin Sibylle wurde in Coburg angefertigt. Es ist ein schlichtes weißseidenes Kleid mit einer schweren Schleppe. Besonders bemerkenswert ist ein Schleier aus wertvollen alten Spitzen, den einst die Königin Viktoria von England getragen hat. Die Prinzessin soll diesen Schleier tragen, wenn sie unter dem Geläute der Glocken in Stockholm einziehen wird.

Sturm an der Nordseeküste.

Herbststurm auch über Berlin.

An der deutschen Nordseeküste wütete ein schwerer Nordweststurm, der Windstärken von 8 bis 10 brachte. In den Böen wurde stellenweise sogar Windstärke 11 erreicht. Zahlreiche Dampfer, die die Elbe verlassen wollten, sahen sich gezwungen, ihre Ausreise zu verschieben. Ein Wilhelmshavener Fischdampfer geriet vor der Luxhavener Reede auf Grund, wurde dann aber wieder flott. In der Nacht zum Mittwoch ist der Sturm wieder abgeflaut.

Der Nordweststurm hatte auch auf das mittlere Norddeutschland übergegriffen. In Berlin schwoll die Sturmstärke zeitweilig auf Windstärke 9 an. Ein Sturm in solcher Stärke tritt in Berlin nur selten auf. Der Sturm machte sich um so unangenehmer bemerkbar, als er schwere Regenschauer heranführte. Die Gewalt des Sturmes geht besonders deutlich daraus hervor, daß das Frachtflugzeug Berlin—Hannover—London für die rund 24 Kilometer lange Strecke vom Berliner Zentralflughafen bis nach Potsdam volle zwanzig Minuten gebrauchte und schließlich umkehren mußte, da es gegen den heftigen Sturm nicht aufkommen konnte. In den Wäldern der Umgegend Berlins sowie in den Parkanlagen und Laubenkolonien wurde viel Schaden angerichtet. An mehreren Stellen stürzten Bäume um. Die Straßen und Wege waren vielfach mit abgerissenen Ästen und Zweigen bedeckt.

Kirchturmeinsturz infolge des Sturmes.

In Rötha in Sachsen stürzte infolge des Sturmes der Turm der Marienkirche unter donnerähnlichem Getöse zusammen. Alle elektrischen Leitungen wurden zerstört, so daß die Stadt ohne Licht war. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Schlagwetterexplosion im Rheinland.

Ein Bergmann getötet, vier schwer verletzt.

Auf der Zeche „Sofia Jakoba" bei Hückelhoven im Rheinland ereignete sich eine Schlagwetterexplosion. Ein Bergmann wurde getötet, vier weitere wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Fünf andere Bergleute trugen Gasvergiftungen davon. Die Rettungsmannschaften waren sofort zur Stelle und bargen die Verunglückten.

Von den verletzten Bergleuten wurden mehrere durch die Explosion unmittelbar betroffen, während andere bei dem Versuch, ihren Kameraden zu helfen, durch Einatmen der Nachschwader zu Schaden gekommen sind.

Mit dem toten Sohn auf gekentertem Boot.

Erschütternde Fischertragödie auf der Ostsee.

Der Kapitän des zum Hafenbauamt Swinemünde gehörenden Regierungsdampfers „Walter Kürte" bemerkte in der Swinemünder Bucht etwa drei Meilen von Koserow entfernt ein kieloben treibendes Boot, an das sich ein völlig erschöpfter Mann geklammert hatte. Nachdem der Schiffbrüchige an Bord genommen war, wurde die Leiche eines jungen Mannes entdeckt, die an dem kleinen Fahrzeug festgebunden war.

Der Dampfer nahm sofort Kurs auf Swinemünde. Hier wurde der ältere Mann ins Krankenhaus eingeliefert. Es handelt sich um den 53jährigen Fischer Otto Haack aus dem Ostseebad Zinnowitz. Nachdem Haack das Bewußtsein wiedererlangt hatte, erzählte er, daß er mit seinem 25jährigen Sohn vorgestern aus Zinnowitz in See gefahren sei. Abends seien sie von dem plötzlich aufkommenden Sturm überrascht worden und gekentert.

Er und sein Sohn hätten sich an dem kieloben treibenden Boot festgehalten. Bei dem stundenlangen verzweifelten Kampf gegen die hohen Wellen habe der Sohn schließlich die Kräfte verloren. In seiner Todesangst habe er den Sohn angefeilt, um ihn ja nicht zu verlieren.

Dann hat der Vater Haack auf dem gekenterten Boot in Sturm und Wellen über zwölf Stunden bis zum Mittag des nächsten Tages ausgehalten, bis endlich die Rettung durch den Dampfer nahte.

Deutscher Seeschlepper rettet belgischen Dampfer.

Paris. Der deutsche Seeschlepper „Seefalke", der der französischen Rettungsstation in Douarnenez zugeteilt ist, rettete im Golf von Gascogne einen belgischen Frachtdampfer aus höchster Seenot. Der „Seefalke" schleppte den Dampfer in den Hafen von La Corruna ein.

Deutscher Dampfer gestrandet.

Auf ein Felsenriff der schottischen Küste geworfen.

Der von Bremerhaven kommende deutsche Dampfer „Birkenau" (1240 Tonnen) ist in schwerer See in der Nähe des Firth of Forth bei Dunbar (Schottland) gestrandet. Er wurde von der Brandung auf ein Felsenriff geworfen und geriet in eine gefährliche Lage. Das Rettungsboot von Dunbar konnte mit dem Raketenapparat die Verbindung mit der „Birkenau" herstellen und zehn Mann der Besatzung bergen. Der Kapitän und vier Mann blieben noch an Bord.

Amtlicher Teil.

Polizeiverordnung

betr. Ergänzung der Badepolizeiverordnung vom 18. 8. 1932 (GS. S. 280).

Auf Grund der §§ 14, 25 und 33 des Pol.-Verwaltungsges. v. 1. 6. 1931 (GS. S. 77) wird für das Land Preußen folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Der § 1 der Badepolizeiverordnung v. 18. 8. 1932 (GS. S. 280) erhält folgende Fassung:

„Das öffentliche Nacktbaden ist untersagt.

Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenausschnitt des Badeanzuges darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen.

Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen.

Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für das Baden in Badeanstalten, in denen Männer und Frauen getrennt baden.

Die Vorschriften des Abs. 2 gelten entsprechend für den Strandanzug der Frauen."

§ 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. 11. 1932 in Kraft.

Berlin, den 28. September 1932.

Der Minister des Innern.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: Dr. Bracht.

Veröffentlicht:

Torgau, den 7. Oktober 1932.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 20. Oktober 1931.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

Bekanntmachung.

Zur **Bekämpfung des Kartoffelkrebses** wird mit Zustimmung der Versuchsstation für Pflanzenschutz in Halle/S. gemäß der Polizeiverordnung des Herrn Landwirtschaftsministers vom 27. 8. 1924 der Sperrbezirk wie folgt erweitert: **Schulgrundstück** in der **Töpferstraße** in **Annaburg.**

Für die im Sperrbezirk belegenen Grundstücke wird folgendes angeordnet:

1. Es dürfen nur krebsfeste anerkannte Saatkartoffeln und nur mit meiner ausdrücklichen schriftlichen Genehmigung verwandt werden.
2. Solange sich in der Wirtschaft, zu welcher ein im Sperrbezirk gelegenes Grundstück gehört, noch Kartoffeln befinden, die nicht von anerkanntem krebsfesten Saatgut stammen, dürfen ohne meine Erlaubnis Kartoffeln aus dem Betriebe nicht entfernt werden, auch dürfen die Kartoffeln nur in gekochtem oder gedämpftem Zustande verfüttert werden. Ferner müssen die Abfälle der Kartoffeln sorgfältig gesammelt und verbrannt oder vor dem Verfüttern gekocht werden.

Damit der Amtsbezirk möglichst bald wieder frei vom Kartoffelkrebs wird, erwarte ich, daß vorstehende Vorschriften auf das genaueste befolgt werden. Zuwiderhandlungen können mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafen von 3—10 000 RM. oder mit einer dieser Strafen geahndet werden.

Annaburg, den 18. Oktober 1932.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

Lokales und Provinzielles.

— **Sichere dein Wahlrecht.** Die Wählerlisten liegen aus. Nur solche Reichsangehörigen sind zur Reichstagswahl zugelassen, die in einer Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen sind. Listen und Karteien werden von der Gemeindebehörde geführt, in der der Stimmberechtigte seinen Wohnsitz hat; bei ihr liegen die Listen vom Sonntag, den 16. bis Sonntag, den 23. Oktober, aus. Pflicht eines jeden Staatsbürgers ist es, die Listen während der Auslegungszeit einzusehen oder durch eine zuverlässige Vertrauensperson einsehen zu lassen. Fehlt sein Name, so muß er dies sofort der Gemeindebehörde mitteilen. Die Eintragung in die Wählerliste ist auch Voraussetzung für die Ausstellung von Wahlscheinen, für solche Wähler und Wählerinnen, die sich am Wahltage auf Reisen befinden. Bei der großen Arbeit, die die Anlegung der Wählerlisten für die Gemeinden bedeutet und den zahlreichen Wohnungswechseln sind Versehen bei Anlegung und Fortführung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen, werden in den Tageszeitungen oder durch Plakate bekanntgemacht.

— **Handwerk und Gewerbe in schwerster Not.** Auftragslosigkeit und Arbeitslosigkeit nehmen im Handwerk und Gewerbe einen immer furchtbarer werdenden Umfang an. Zehntausende von Betrieben liegen fast völlig still, die Werkstätten veröden. Verelendung und bittere Not haben seit Jahr und Tag im wachsenden Maße in weiten Kreisen des Handwerks und Gewerbes ihren Einzug gehalten. Um der Oeffentlichkeit über diesen schweren Existenzkampf von Handwerk und Gewerbe Aufklärung zu geben und erneut die Forderungen des gewerblichen Mittelstandes zu unterstreichen, findet am **23. Oktober nachm. 2 Uhr in Torgau** eine Handwerkerkundgebung statt, zu der das gesamte Handwerk und Gewerbe mit Familie und Mitarbeitern eingeladen ist.

— Auf dem nächsten **Kreisbauerntag** am kommenden Sonnabend, 22. Oktober, wird der in unserem Kreise schon durch einen früheren Vortrag bestens bekannte Ehrenvorsitzende des Provinziallandbundes, Landrat a. D. Freiherr von Wilmowsky den Hauptvortrag halten, wozu alle Mitglieder der Landbundorganisation eingeladen sind. (Vergl. heutige Anzeige.)

—* **Annaburg.** Das Erziehungsheim des Kyffhäuserbundes im ehemaligen Kriegshinterbliebenenheim ist nunmehr eröffnet. 23 Kinder haben bis jetzt in dem Heim eine Pflegestätte gefunden und sind mit Beginn des Unterrichts in der hiesigen Ortsschule eingeschult worden.

Annaburg. (Unglücksfall.) Ein Unglücksfall, der zum Glück noch ohne ernsten Folgen geblieben ist, ereignete sich am Dienstag in der Holzdorferstraße vor der Gastwirtschaft Hamann. Mehrere Kinder, darunter der 5jährige Sohn der Familie Kölling vergnügten sich auf dem Bürgersteig mit allerlei Spielen, als der Landwirt A. aus Arnsnesta mit seinem Auto die Straße entlanggefahren kam. Trotz vorschriftsmäßigen Hupens versuchte der kleine K. etwa fünf Meter vor dem Auto noch die Straße zu überqueren. Das Kind wurde dabei vom Auto erfaßt und zu Boden gerissen. Der Fahrer brachte das Kind sofort zum Arzt und von dort nach Anlegung eines Verbandes in die elterliche Wohnung, Zum Glück scheint der Kleine Verletzungen ernsthafter Natur nicht erlitten zu haben. Um weiteren Folgen zu entgehen, meldete der Kraftfahrer den Vorgang sofort der Polizei. Es heißt, daß die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, daß den Fahrer keine Schuld an dem Vorfall trifft, zumal er im langsamen Tempo (etwa 20 km) gefahren ist und auch vorschriftsmäßig Signal gegeben hat.

Annaburg. Die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" veranstaltet am kommenden Sonnabend ein Saalsportfest, das mit seinem abwechselnden und reichhaltigen Programm allen Sportinteressenten einen genußreichen Abend versprechen dürfte. Vom kleinsten Fahrer bis zum mitteldeutschen Meister werden alle Mitwirkenden in gewohnter Weise wieder ihr Bestes bieten. Der Höhepunkt der Veranstaltung liegt in den Vorführungen des Kunstfahrers Hetzger und seines Partners, beide wohnhaft in Bitterfeld. Beide Fahrer, der großen Klasse im Radfahrsport angehörend, werden mit ihren Leistungen und ihren Triks beweisen, wie sie ihre Fahrzeuge beherrschen und werden das Publikum in Staunen versetzen. Ein fesselndes Programm also, daß auf jeden Fall verdient, besucht zu werden.

Großtreben. (Von der Schule.) Lehrer Reinecke wird nach Rotta (Kr. Wittenberg) versetzt.

Maucken, 18. Oktober. (Gute Champignonernte.) Auf den hiesigen Hutungswiesen der Domäne wachsen infolge der günstigen Herbstwitterung jetzt besonders viel Champignons, die eimerweise abgeerntet werden. Bei dem Sammeln der Pilze fällt allgemein die ringförmige Anordnung auf, die der Volksmund als „Hexenringe" bezeichnet. Die Ursache der Ringbildungen liegt darin, daß das Pilzlager von einem Punkte aus von Jahr zu Jahr nach allen Seiten gleichmäßig weiter wächst, während es im Ausgangspunkte abstirbt.

Hemsendorf, 18. Oktober. (Wanderlustige Färsen.) Von der Weide des hiesigen Rittergutes entwichen 9 Färsen und gelangten abends bis Gehmen, wo sie von Gutsbesitzer Willi Pötzsch aufgehalten und in ihre Koppeln getrieben wurden, wo sie übernachteten. Am anderen Morgen verschaften sich die Tiere wieder die Freiheit und kamen bis nach Prettin. Hier wurden sie dann von Leuten des Rittergutes Hemsendorf gestellt und vollzählich und unversehrt in ihre Heimat transportiert. Gehmen liegt von Hemsendorf 12 Kilometer und Prettin sogar 18 Kilometer entfernt.

Pretzsch (Elbe). Die Vogelwanderung im Oktober endigt für die Zugvögel erfahrungsgemäß am 15. Oktober. In der hiesigen Stadt- und Domänenflur wurden gesehen die letzten von den Bachstelzen am 2., Rotschwänzchen am 7., Rotkehlchen und Drosseln am 9. Oktober. Als Durchzügler halten sich jetzt die Krammetsvögel hier auf. Von den Strichvögeln machten sich in der hiesigen Gegend bemerkbar: am 4. und 7. die Hänflinge, am 8. und 15. die Stieglitze, am 9. die Buchfinken, am 11. die Goldammern und am 14. die Goldammern und die Zaunkönige. Die Saatgänse als nordische Wintergäste zeigten sich am 7. Oktober.

Horst, 18. Oktober. (Vom Hund gebissen.) Eine Frau im Alter von ungefähr 45 Jahren war von Bautzen (Sachsen) mit der Bahn nach Liebenwerda gefahren. Da ihr das Geld knapp geworden war, wollte sie von dort aus nach Jüterbog zu Fuß wandern. Als sie nun am Sonntag durch unser Dorf kam, wurde sie von einem Hund gebissen. Der Hund war von seinem Besitzer zwar im Gehöft eingeschlossen worden, doch hatte ein Kind die Tür geöffnet. Da das Tier gerade Junge hat, war es besonders gereizt. Dr. med. Dussa wurde aus Schönewalde herbeigerufen und verband die Wunde. Darauf setzte die Frau ihre Wanderung fort. Doch als sie nach Hartmannsdorf kam, konnte sie nicht weiter und meldete dies dem Gemeindevorsteher. Sie wurde von dort aus in das Kreiskrankenhaus nach Herzberg gebracht. Der Besitzer des Hundes, den keine Schuld trifft, ist gegen Haftpflicht versichert.

Mügeln, 18. Oktober. (Waidmannsheil!) Der staatliche Revierförster Axt brachte dieser Tage einen kapitalen Vierzehnender zur Strecke gebracht, der ausgenommen noch ein Gewicht von 207 Pfund hatte.

Bad Liebenwerda. (Die Ferien verlängert.) Die Schulbehörde hat verfügt, daß die Anfang dieser Woche zu Ende gehenden Herbstferien um 10 Tage verlängert werden. Die Schulschließung erfolgt weil die Gefahr der spinalen Kinderlähmung für Liebenwerda noch nicht behoben ist. Zwei Krankheitsfälle haben sich in der letzten Woche ereignet, von denen einer tödlich verlaufen ist.

Wittenberg. (Ephorus D. Riemer †.) Der Direktor unseres Evangelischen Predigerseminars, Ephorus D. Riemer, ist plötzlich an Herzschlag verschieden. Mit ihm verliert das Predigerseminar einen hervorragenden Lehrer und Wittenberg einen Mitbürger von seltenen Fähigkeiten. D. Martin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321020-19/fragment/page=0003

Riemer wurde gebnren am 10. November 1872 in Michelsdorf in Vorpommern, wo sein Vater als Pfarrer und Superintendent wirkte. Im Jahre 1896 legte er seine erste theologische Prüfung ab und wirkte von 1902 bis 1908 als Pfarrer in Bukowin (Kreis Lauenburg), von 1908 ab als Pfarrer in Greifswald und dann 16 Jahre lang als Pfarrer in Berlin. In Anerkennung seiner hohen wissenschaftlichen Fähigkeiten berief ihn die oberste Kirchenbehörde Preußens, der Oberkirchenrat in Berlin, unter dem 7. März 1927 zum Direktor und Ephorus des evangelischen Predigerseminars in Wittenberg. Die Universität Greifswald würdigte die hervorragenden wissenschaftlichen Fähigkeiten des Verstorbenen durch Ernennung zum Lic. theol. h. c., und die Universität Königsberg verlieh ihm aus gleichem Grunde die höchste theol. Würde als Ehrendoktor. Auch als erfolgreicher Schriftsteller hat sich D. Riemer bestätigt.

Trojuhn, 17. Oktober. Ein Fall von spinaler Kinderlähmung wird von hier gemeldet. Ein achtjähriges Mädchen ist von dieser Krankheit befallen worden. Es wurde dem Paul-Gerhardt-Stift in Wittenberg zugeführt.

Braunsdorf. Ein bestialischer Mordfall, der bereits einige Monate zurückliegt, hat jetzt eine überraschende Aufklärung gefunden, die einen furchtbaren Einblick in die entsetzliche Verrohung jugendlicher Menschen vermittelt. Am 14. April ds. Js. wurde hier der 57 Jahre alte Häusler Lihst in einem Schuppen erhängt aufgefunden. Es wurde Freitod festgestellt, da der herbeigerufene Arzt Merkmale eines gewaltsamen Todes nicht bemerken konnte. Jetzt stellt es sich heraus, daß der Häusler einem Mord zum Opfer gefallen ist, und zwar ist er von seinem eigenen 20jährigen Sohn Walter erdrosselt worden in Gegenwart der Mutter und des 14jährigen Bruders Willy. Dann haben sie die Leiche des Vaters in den Schuppen gebracht und dort an einem Querbalken aufgehängt. Die Mutter und ihre beiden Söhne sind verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis in Wittenberg zugeführt worden. Der Mord kam dadurch heraus, daß sich die an der Mordtat beteiligten Familienmitglieder in Bekanntenkreisen verschiedentlich unvorsichtig geäußert haben. Die Tat wird auf Familienzwistigkeiten zurückgeführt, die dem Vernehmen nach unerträglich gewesen sein sollen.

Düben. (Gauschießen 1933.) Der Schützenbund des Kurkreises Wittenberg hat das nächste Gauschießen nach Düben gelegt. Es findet vom 14.—21. Mai 1933 statt.

○ **Unterschlagungen bei einer Versicherungsgesellschaft.** Umfangreiche Unterschlagungen sind bei einer Lebensversicherungsgesellschaft in Berlin aufgedeckt worden. An den Betrugsmanövern waren fünf Angestellte beteiligt, die Hand in Hand arbeiteten. Dadurch war es möglich, die Schwindeleien jahrelang zu vertuschen. Die Beschuldigten sind festgenommen worden; sie gestehen ihre Verfehlungen ein. Der angerichtete Schaden wird von der Gesellschaft zunächst mit 40 000 Mark beziffert.

○ **Tragödie der Not.** In Berlin erschoß der Musiker Weincke, der seit längerer Zeit arbeitslos war, sich und seinen 14jährigen Sohn. Frau Weincke hat sich darauf vergiftet.

Kino-Schau.

Palast-Theater. „Unter falscher Flagge." Ein Schicksalsausschnitt aus dem grauenhaftesten Kriege aller Zeiten. An der Ostfront 1916: Hauptmann Frank streift mit einem Flugzeug die russische Etappe ab. 3 Russen verfolgen ihn. In aufregendem Kampf schießt er 2 feindliche Flieger ab. Er selbst wird von dem andern angeschossen und landet brennend hinter Deutscher Front verwundet. Im Lazarett lernt er Schwester Maria kennen und lieben, sie heiraten kurze Zeit später. Frank ist bei der Nachrichtenabteilung zur Abwehr russischer Spionage. Man sucht eifrig einen gewissen „Kulkin". Dieser Kulkin aber ist — die frühere Krankenschwester und jetzige Frau Franks. Furchtbar, wie er dieses Geheimnis entdeckt. Maria ist geflohen. Frank übernimmt den Auftrag, in russischer Offiziersuniform in die russische Etappe zu gehen, um Truppenbewegungen und geplante Offensiven zu erkunden. Hier begegnet er seiner Frau „Kulkin". Ein Film, der mit zerschmetternden Krachen der Granaten den Zuschauer bis ins Innerste erschüttert.

Lichtspielhaus (Neue Welt). In prunkvoller Aufmachung, in den Musik- und Tanzeinlagen und nicht zuletzt in der stimmungsfrohen Handlung, ist alles getan worden, wieder einen Tonfilm erstehen zu lassen, der weit über dem Durchschnitt steht und morgen Freitag und Sonntag zur Vorführung kommt. „Eine Nacht im Grand-Hotel." Die einzelnen Szenen in dem prunkvollen Hotel, im Zimmer der Miß, im Fürstenzimmer, im Fahrstuhl usw. sind so reich an natürlicher Situationskomik, daß man aus dem Lachen nicht herauskommt. Da eine Sonnabend- bezw. Montagvorstellung aus technischen Gründen nicht erfolgen kann, sei auf die Freitag- und Sonntagvorführung verwiesen. (Siehe auch heutige Anzeige.)

Bodenverbesserungs-Genossenschaft „Mauergraben"

Mitglieder-Versammlung
findet **Sonntag, den 30. Oktober 1932, 16 Uhr** im Gasthof **„Stadt Berlin", Annaburg,** statt.

Tagesordnung:
1. Rechnungslegung 1931/32 und Entlastung des Vorstehers und Rechners.
2. Bericht der Prüfungskommission 1930/31. Entlastung des früheren Vorstehers und Rechners.
3. Festsetzung der Zins- und Beitragszahlung.
4. Schuldanerkennung über empfangene Kultivierungsgelder.
5. Wahl der Prüfungs- und Schaukommission.
6. Verabschiedung des Haushaltplanes 1932/33.
7. Verschiedenes.

Der Genossenschafts-Vorsteher
Richard Schulze.

Brillenbedürftige!
Freitag, den 21. Oktober, 9—12 Uhr
Hotel „Goldener Anker"
Kostenlose Augenuntersuchung!
(Sehschärfenprüfung.) Anpassen der richtigen Brille. 1 Jahr Garantie. Konkurrenzlos billig, z. B. **E-Doublé-Brille** mit großen runden Gläsern, hochgeschliffen, echt 14-karätig vergoldet, **nur 5 M., Nickelbrille 2.70 M. — Neu! Unser Ideal-Doppelvisit,** ermöglicht gleichzeitig Fern- und Nahsehen, **12.50 M.** Lieferant von Krankenkassenmitgliedern. Viele Dankschreiben.
Optiker Schütte, Rathenow.
Fachmännische Beratung in allen Augengläserfragen. Beziehen Sie Ihre Brille direkt aus Rathenow.

Lichtspielhaus (Neue Welt).
Nur Freitag und Sonntag 8½ Uhr:
Urteile einer begeisterten Presse garantieren wieder eine Qualitäts-Darbietung!
Martha Eggert,
die gefeierte Sängerin, beglückt alle mit ihrem Spiel und dem Zauber ihrer Stimme in:
„Eine Nacht im Grand-Hotel!"
mit **Kurt Gerron, Ulrich Bettac, Margot Walter u. v. a.**
Und wiederum komponierte **Otto Stransky** eine wunderbare Musik!
Die großzügige Ausstattung und flüssige Handlung voller Abenteuer und bunter Geschehnisse, der eine Verwechslung beim Souper zu Grunde liegt. Die einschmeichelnden Schlager: „Die Frau, die man liebt, ist die schönste, die es gibt", sowie: „Mach die Augen zu, Baby" werden jedem Besucher von bleibender Erinnerung sein.
Hierzu:
Das reichhaltige tönende Vorprogramm.

Achtung!

Empfehle:			
1 Cölnisch Wasser	10 ₰	1 Rasierseife	10 ₰
1 Zahn-Crem	10 ₰	1 Topflappen	10 ₰
1 Haut-Crem	10 ₰	2 Paar Schnürsenkel	10 ₰
1 Schampoon	10 ₰	2 Pack Haarnadeln	10 ₰
1 Watte	10 ₰	3 Lockenwickler	10 ₰
1 Taschenspiegel	10 ₰	1 Seifftuch	10 ₰
1 Toilettenseife	10 ₰	2 Pfd. Schmierseife	50 ₰
1 Waschseife	10 ₰	3 Stck. Scheuertücher	50 ₰
2 Schwämme	10 ₰	6 Stck. Waschseife	50 ₰
3 Rasierklingen	10 ₰	2 Büchsen Bohner-Wachs	50 ₰

Marta Stein

Freitag bis Montag PALAST-THEATER Beginn: 20½ Uhr:
Der spannendste Tonfilm des Herbstes! Ein Ausschnitt aus dem Weltkriegsringen. 1916 an der deutsch-russischen Front! Nach dem gleichnamigen Buch von **H. v. Wolzogen:**
Gustav Fröhlich Charlotte Susa
Unter falscher Flagge!
Artillerie-Sperrfeuer! Erkundungsflugzeuge! Ohrenbetäubendes Krachen und Bersten! Hier entwickelt sich eine spannungsgeladene, schicksalhafte Handlung. Ein russischer Spion, namens Kulkin, wird gesucht: Der Leiter der Erkundungsstelle lernt ein Mädchen kennen und lieben, heiratet es, ohne zu wissen, daß diese Frau — — „Kulkin" ist. Ein packender Tonfilm, ein erschütterndes Erlebnis!
Ferner: Ein fabelhaftes, prächtiges Beiprogramm!
Ein außergewöhnliches Programm! Eine erstrangige, nicht zu übertreffende Darbietung!

Louis Hofmann
Das Geschäft der soliden, fachmännischen Bedienung garantiert
Bomben-Leistungen in
Cigarren
und führt jede bekannte **Cigaretten-** und **Tabaksorte.**
Beachten Sie meine Auslagen!
Rabatte!

Dreiturm-Mäntel

Velour, r. Wolle, jugendl. sportliche Form, mit Lamm-Bubikragen — RM. **18.-**
Mod. flottgeschnittener Mantel aus Diagonal-Bouclé, m. Bleuté-Krawatte — RM. **28.-**
Jugendl. Mantel, reinw. Bouclé-Diagonal, m. echt. Halbpersianer-Krawatte — RM. **38.-**
ALLEIN-VERKAUF:
Carl Quehl

Sonnabend, den 22. Oktober, pünktlich 1.30 Uhr,
Haus der Landwirte, Torgau
Kreisbauerntag
Hauptredner: Ehrenvorsitzender des Provinzial-Landbundes, Landrat a. D.
von Wilmosky-Marienthal.
Alle Mitglieder vom Kreis-Landbund und Jung-Landbund sind hierzu eingeladen.
Kreislandbund Torgau e. V.

Arb.-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Annaburg
veranstaltet am **Sonnabend, dem 22. Oktober,** im Gasthof **zur neuen Welt** ein
Saalsportfest.
Freunde und Gönner des Sportes sind herzlichst willkommen.
Eintritt 50 Pf. Tanz frei. **Die Leitung.**

Photo-Apparate
Photo-Taschen
Photo-Stative
Photo-Platten
Photo-Papiere
Photo-Rollfilme
Photo-Filmpacks
sowie **Bedarfsartikel für die Photographie**
empfiehlt i. allen Preislagen
Drogerie und Photo-Haus Otto Schwarze, Annaburg.

Sonnabend auf dem Wochenmarkt empfehle
Einmachebirnen,
Pfd. 15 Pf. **Ort.**

Futterrüben,
auch größere Posten, verkauft à Ztr. 40 Pf.
G. Krüger, Raundorf.

Solvolith
vorzüglichste Zahnpasta
das Beste zur Gesunderhaltung der Zähne!
Zahnärztlich empfohlen.
Zu haben bei:
J. G. Fritzsche.

Glashautpapier
Schrankpapier
Kreppapier
Salizylpapier
Seidenpapier
Toilettenpapier
Butterbrotpapier
Butterpapier
empfiehlt
Herm. Steinbeiß,
Papierhandlung

Schablonen-Papier
hält wieder am Lager
Hermann Steinbeiß.

Empfehle meine elektrische
Wäscherolle
zur gefälligen Benutzung.
L. Hofmann.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321020-19/fragment/page=0004

Reisende in Politik.

Die Isolierung Deutschlands vor dem Weltkrieg war nicht zuletzt der Erfolg der politischen Reisen König Eduards VII. von England, bei bei scheinbar harmlosen Besuchen in den verschiedenen Ländern diese gegen Deutschland einzunehmen wußte und so den eisernen Ring um Deutschland schmieden half, der seine verheerenden Wirkungen dann im Weltkrieg ausübte. An diese Tatsache muß man sich erinnern, wenn man jetzt sieht, mit welcher Geschäftigkeit der französische Ministerpräsident Herriot das Mittel der Reisen mit politischem Hintergrund in seine Diplomatie eingliedert. Seiner Reise nach London mit ihrer deutschfeindlichen Auswirkung wird er jetzt eine Reise nach Spanien folgen lassen, die Ende Oktober stattfinden soll. Herriots Absicht sei, so wird hierzu berichtet, in erster Linie die Bildung einer neuen und wirklichen Entente zwischen Frankreich und Spanien. Hierbei habe er natürlich nicht nur den günstigen Einfluß einer solchen französisch-spanischen Entente auf die marokkanische Frage, sondern besonders auch auf Frankreichs Stellung in Genf und die französische Sicherheit im Mittelmeer im Auge. Man könne damit rechnen, daß Spanien in Kürze einer der hauptsächlichsten Unterstützer von Herriots Abrüstungsplan in Genf sein werde. In diesem Zusammenhang sei es nicht ohne Bedeutung, daß Frankreich angeblich Spanien als das geeignetste Land für die Unterbringung der vorgeschlagenen internationalen Völkerbundbeepots von schweren Waffen vorgeschlagen habe. Denn in Spanien würde ein solches Depot in jedem Falle außerhalb der Reichweite Deutschlands liegen.

Frankreich wird also versuchen, den Kreis seiner willfährigen Trabanten in Genf aus dem Osten und Südosten Europas im Westen zu ergänzen. Ob die betont deutschfreundliche Einstellung der alten spanischen Regierung auch noch unter der neuen republikanischen Regierung besteht, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird die Reichsregierung ein wachsames Auge haben müssen auf Herrn Herriot, den neuen Reisenden in Politik.

Aus dem Wahlkampf.

Hitlers Wahlfeldzug.

Auf seiner großen Wahlpropagandafahrt durch Deutschland hat Adolf Hitler, der Führer der NSDAP., in den letzten Tagen in Hof, in Selb, in Koburg, in Würzburg und in Schweinfurt, wo über 10 000 Personen in einem Riesenzelt versammelt waren, Reden gehalten. In der Versammlung in Hof führte Hitler u. a. aus: Die NSDAP. sei in letzter Zeit wenig in Erscheinung getreten, um Papen nicht an der Durchführung seines Wirtschaftsprogramms zu hindern. Von der vorausgesagten Besserung der Arbeitslosenlage sei nichts zu merken. Papen habe die NSDAP. in die Regierung hineinziehen wollen, um die Partei zu schwächen. Mitglieder der Partei sollten an den untergeordneten Stellen beschäftigt werden, um sie unschädlich zu machen. Diesem habe er, Hitler, am 13. August in der Besprechung mit dem Reichspräsidenten sein entschlossenes Nein entgegengesetzt. Eine Masse von 14 Millionen sei zu schade für ein Experiment. Mit den Methoden der jetzigen Regierung sei keine Politik zu machen. Wenn heute bürgerliche Politiker sagen, die bürgerlichen Parteien müßten wieder an Macht gewinnen, so kann man dazu nur sagen: „Herr, vergib ihnen". Papen könne nicht behaupten, er erfülle das Programm der Nationalsozialisten besser als wir selbst.

In Würzburg betonte er, es sei notwendig, daß das Volk selbst in Erscheinung trete. Das erreiche man aber nicht durch Notverordnungen, sondern durch mühsame Selbsterziehung. Er habe kein Vertrauen zur Regierung Papen, weil diese im luftleeren Raum operiere. Für die Nationalsozialisten gebe es nichts anderes als Kampf, weil alle Maßnahmen der Regierung Papen falsch seien.

In der großen Kundgebung in Koburg hielt Hitler auf dem Sportplatz eine Rede, in der er erklärte: „Deutschland gehört nicht denen, die nicht an Deutschland glauben, sondern denen, die in Deutschland alles sehen. In diese Stadt marschierte ich damals mit knappen 700 Mann, heute ist eine Armee daraus geworden: 540 000 SA.-Männer, über 60 000 SS.-Männer und über 380 000 Hitlerjungen. Zu diesen gehören über eine Million Parteigenossen und fast 14 Millionen Deutsche. Ich habe die Energie und die Zähigkeit gehabt, aus den 700 heute 14 Millionen zu machen. Ich werde aus den 14 Millionen 20 und 30 Millionen machen. Die Parole ist heute wie damals die gleiche, Kampf; kapitulieren gibt es nicht! Wenn die Regierung Papen nicht einmal mehr dem Namen nach bekannt sein wird, dieses Werk bleibt bestehen und wird Deutschland tragen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat das Recht, die Führung des Staates zu verlangen. Wie früher, so werde ihr auch heute dieses Recht verweigert. Es gebe Politiker, die wünschten, daß doch die Nationalsozialisten verlieren möchten. Es komme anders und große Teile des Volkes würden einmal ihrem Schicksal dankbar sein, daß dem Marxismus eine nationalsozialistische Bewegung gegenüberstehe. Man habe geglaubt, die Nationalsozialisten durch das Angebot von Ministerposten beugen zu können. Man kenne ihn, Hitler, aber schlecht. Was die NSDAP. in Deutschland erstrebe, das sei die politische Macht. Regierungen vergingen, aber das Volk sei das Bleibende. Man könne die nationalsozialistische Bewegung nicht unterkriegen.

Richard Skowronnek gestorben.

Dramatiker und Romandichter.

Der Schriftsteller Richard Skowronnek ist auf seinem Gute Höckenberg, Kreis Regenwalde (Hinterpommern), wo er seit einem Jahrzehnt wohnte, im Alter von 70 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Richard Skowronnek, der jüngere der beiden Schriftstellerbrüder Skowronnek, war früher als Dramatiker einer der meistgespielten deutschen Theaterdichter. Das von ihm mit Gustav Kadelburg geschriebene Lustspiel „Husarenfieber" ging in zahllosen Aufführungen über alle deutschen Bühnen. Bekannter noch wurde er dann als Romandichter. In seinen Romanen „Sturmzeichen", „Das große Feuer", „Die schwere Not", „Der weiße Adler" u. a. bildeten vornehmlich die Beziehungen von Stadt und Land im deutschen Norden das Thema. Skowronnek war als Sohn eines Försters in Forsthaus Schupken in Ostpreußen geboren. In jungen Jahren war er Journalist, dann eine Zeitlang Dramaturg am jetzigen Staatstheater in Berlin.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

Bisher sieben Todesopfer.

Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem sieben Personen getötet und 15 schwer verletzt wurden, ereignete sich kurz vor dem Bahnhof Cerences im französischen Departement La Manche. Ein Personenzug, der infolge des starken Sonntagsverkehrs bis auf den letzten Platz gefüllt war, stieß etwa 500 Meter vor der Einfahrt in den Bahnhof auf einen Güterzug. Die ersten Wagen des Personenzuges wurden ineinandergeschoben, ebenso wie einige Wagen des Güterzuges. Man vermutet, daß sich noch zwei Tote unter den Trümmern befinden. Die Schuld an dem Unglück trägt der

Bahnhofsleiter von Cerences,

der es dem Lokomotivführer des Güterzuges gestattet hatte, auf der eingleisigen Strecke zu rangieren, obgleich der Personenzug bereits angekündigt war.

Nah und Fern.

○ **Zusammenbruch eines landwirtschaftlichen Bezugsvereins.** Der Landwirtschaftliche Bezugsverein für Haselhorst in Holstein ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Einer Anzahl von Mitgliedern waren größere Kredite eingeräumt worden, die infolge des ständigen Sinkens der Preise nicht zurückgezahlt werden konnten. Zur Deckung der Verluste werden wohl die Mitglieder herangezogen werden. Aus Verzweiflung hat der Kassenführer des Bezugsvereins Selbstmord begangen.

○ **Ehetragödie.** In Adelsheim in Baden wurde eine schwere Bluttat verübt. Der Schäfer Fritz Kesselring geriet mit seiner Frau in Zwistigkeiten. Er griff zum Revolver und streckte die Frau mit drei Schüssen nieder. Darauf richtete Kesselring die Waffe gegen sich selbst. Er war sofort tot, während die Frau lebensgefährlich verletzt in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht wurde.

○ **Wirbelsturm über einem Dorf.** Das Dorf Tauberrettersheim bei Würzburg wurde von einem Wirbelsturm heimgesucht. In den Gärten wurden zahlreiche Bäume mit den Wurzeln herausgerissen. Schwer mitgenommen wurden mehrere Anwesen. Eine Wö hob in wenigen Sekunden von drei Anwesen die Dächer ab. Eiserne Schornsteinplatten wurden davongetragen, Schuppen wurden eingedrückt. Der Schaden ist noch nicht zu überblicken.

○ **Zwei Bergleute verunglückt.** In der Pumpkammer der Grube Freimengen an der lothringisch-saarländischen Grenze waren Bergarbeiter mit dem Ausbessern einer Betondecke beschäftigt. Die Decke brach plötzlich zusammen und begrub zwei Bergleute unter sich. Einer von ihnen konnte mit schweren inneren Verletzungen lebend geborgen werden, während der andere bereits tot war.

⊙ **Eisenbahnunglück bei Innsbruck.** Bei einem aus Garmisch in Innsbruck eingetroffenen Personenzug der Mittenwaldbahn entgleiste kurz vor der Einfahrt in den Innsbrucker Westbahnhof infolge falscher Weichenstellung ein Wagen. Der Wagen stürzte um und wurde noch eine Strecke weit mitgeschleift. Zwei Frauen wurden unter dem Wagen begraben und konnten nur als Leichen geborgen werden. Mehrere Passagiere trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon.

⊙ **Ein Luxushotel an der französischen Riviera niedergebrannt.** Eines der größten Luxushotels an der französischen Riviera, das Grand-Hotel am Kap Martin in der Nähe von Mentone, wurde ein Raub der Flammen. Der Luxuspalast, in dem viele bekannte Staatsmänner abzusteigen pflegten, brannte bis auf die Grundmauern nieder. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Materialschaden beläuft sich auf etwa 15 Millionen Franc. Das Feuer hatte im Fahrstuhlschacht begonnen.

⊙ **Der englische Vizekonsul in Reykjavik auf der Jagd erschossen.** Der englische Vizekonsul Walter Sigurdsson, der mit einigen englischen Marineoffizieren des vor Reykjavik (Island) liegenden englischen Inspektionsschiffes „Doon" auf der Jagd war, ist durch einen Fehlschuß getötet worden.

⊙ **Mit dem Auto in einen Fluß gestürzt.** In der Nähe von Briançon fuhr ein Lastauto, auf dem sieben junge Leute Platz genommen hatten, auf einer über den Fluß Durance führenden Brücke gegen das Geländer und stürzte in den Abgrund. Vier der Insassen waren auf der Stelle tot, während die drei anderen mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden mußten.

⊙ **Gronau fliegt weiter.** Der deutsche Weltflieger Wolfgang von Gronau hat nach Ausbesserung seiner bei einer Notwasserung beschädigten Maschine seinen Flug fortgesetzt. Er ist von Rangun nach Akyab geflogen.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[31

„Um Gottes willen, Susanne, wie kommst du auf solch eine entsetzliche Idee? Ich glaube jetzt wirklich, daß du krank bist."

„Nein, nein, Peter, ich bin nicht krank! Aber das geht mir so durch den Kopf — und du sollst mir antworten, Peter!"

„Das weißt du doch, Kind, daß dann alles für mich zu Ende wäre, daß es keine Sonne mehr für mich geben würde ohne dich, daß ich einsam und bettelarm zurückbleiben würde. Weißt du nicht, daß ich dich grenzenlos liebe, heute wie immer, daß ich ein Leben ohne dich einfach nicht ausdenken könnte — weißt du das nicht?"

„Ja, ja, Peter, ich weiß es. Und ich will ja auch bei dir bleiben, immer bei dir bleiben!"

Leise sagte sie diese Worte, immer wieder, wie ein kleines Kind. So lange, bis sie endlich eingeschlafen war, ohne Peters Hand aus der ihren zu lassen.

* * *

Längst schon war auf Rosenhain Malsenhausens Neffe eingezogen. Ueberall in der Nachbarschaft freute man sich des Zuwachses, den die Gesellschaft gefunden hatte.

Wohl waren auch bis hierher Gerüchte gedrungen von dem nicht einwandfreien Lebenswandel des hübschen jungen Mannes. Aber, so folgerte man, wenn der ehrenfeste, strenge Geheimrat Malsenhausen weiter seine Hand über seinen Neffen hielt, wenn er ihn sogar zu sich auf sein Gut nahm, dann würde schon nicht allzuviel Wahres dran sein an den Redereien, dann würden sie wohl hauptsächlich dem Neid entspringen, den man gegen den Neffen des reichen Geheimrats empfand.

Und in manchen Familien spielte man heimlich mit dem Gedanken, sich den schneidigen Hans Sagenheim, der einmal sehr reich sein würde, als Schwiegersohn zu fangen.

Begreiflicherweise mußte man etwas dazu tun, den Rosenhainer Gast zu erfreuen. Eine Gesellschaft nach der anderen wurde abgehalten, überall spielte Hans Sagenheim eine Hauptrolle.

Der Herbst zeigte sich von seiner lockendsten Seite. Eine warme, anregende Sonne strahlte seit Wochen vom Himmel, die bunten Blumen mit ihrem Glanz überschüttend. Man benutzte die schöne Zeit, alle möglichen Ausflüge zu arrangieren. Man würde den Winter über noch lange genug zu Hause sitzen können.

Susanne konnte sich den Einladungen zu allen diesen Vergnügungen nicht entziehen, wollte sie nicht Aufsehen erregen. So kam es, daß sie überall dabei sein mußte, so sehr sie auch darunter litt.

Hans Sagenheim benahm sich zunächst nicht schlecht. Niemand konnte bemerken, daß es zwischen ihm und Susanne Heiden Zusammenhänge gab.

Susanne allein fühlte zuweilen seine brennenden, flimmernden Augen auf sich ruhen, die eine deutliche Sprache redeten. Dann geschah es auch, mitten während eines Spieles, eines Tanzes, daß er sie einfing, leise, betörende Worte zu ihr sprach, ihre Hand küßte. Sie wußte, daß er jede Gelegenheit benutzte, sich ihr zu nähern.

Zuerst war er ganz zurückhaltend, wollte er sie durch Zartheit und Unaufdringlichkeit gewinnen. Allmählich indes wurde ihm das zu langweilig, um so mehr, als es nicht verfing. Er wurde deutlicher, unverhüllter in seinen Drohungen.

Susanne wagte kaum, allein den Heidehof zu verlassen, aus Angst, Hans Sagenheim irgendwo zu begegnen, seitdem sie einmal bei einem kurzen Gang durch das Holz ihm plötzlich gegenübergestanden hatte.

Sie hatte fliehen wollen, aber im nächsten Augenblick hatte er ihr den Weg verstellt. Er hatte sie nicht berührt, nur seine gierigen Augen unverwandt auf sie gerichtet. Vor diesem lähmenden Blick hatte sie die Fassung verloren, die Lider schließen müssen.

Dann — es durchfuhr sie wie ein elektrischer Schlag — hatte er sie um die Taille gefaßt. Sie hatte sich wehren wollen, ohne die körperliche Kraft zu einer Bewegung zu finden; sie war wie gelähmt gewesen.

Wie sie frei gekommen war, wußte sie kaum mehr zu sagen. Irgendwo hatte es im Gebüsch geraschelt, Sagenheim hatte seinen Arm gelöst, und Susanne war davongerast, so schnell ihre Füße sie trugen.

Dann, ein anderes Mal, hatte sie ihn in der Försterei getroffen, wo sie — mit wehem Herzen — ab und zu einen Besuch machte. So schmerzvoll es für sie war, sie brauchte diese Besuche, um ihr Kind zu sehen, mit ihm plaudern und scherzen zu dürfen.

Sie saßen gerade zusammen, die Försterin und Susanne; die kleine Magdalene hatte sich schon so an die Gutsherrin gewöhnt, daß sie gern auf ihrem Schoße saß.

Da war die Zimmertür aufgegangen, Hans Sagenheim trat ein, zusammen mit Förster Heiler.

Mit angstbebendem Herzen saß Susanne da. Würde Sagenheim etwas merken? Würde er auf den Gedanken kommen, was es mit dem Kind da auf sich hatte? Susanne starrte bald auf den Mann, bald auf das Kind.

Nein, Gott sei Dank, die Kleine hatte nicht die geringste Aehnlichkeit mit diesem schrecklichen Menschen; sie trug ihre Züge, soweit überhaupt eine Aehnlichkeit vorhanden war.

Die Stimme des Kindes riß sie aus ihren Betrachtungen.

„Geh weg, du böser Mann! Du hast mir mein Schäfchen zertreten. Schau her, Mutter, das arme Lämmchen . . ."

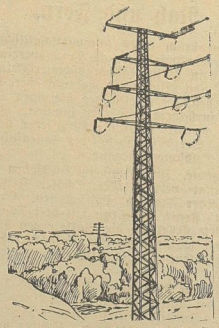
Weinend brachte Magdalene das zertretene Tierchen zu der Försterin. Die Frau suchte das Kind zu beruhigen und Hans Sagenheim gab sich die größte Mühe, Magdalene zu versöhnen.

Aber als er zu ihr hintrat, seine Hand auf ihren Kopf zu legen, fuhr das sonst so scheue, gutmütige Kind auf und rief laut weinend: „Ach, du tust mir weh. Geh fort, ich mag dich nicht leiden."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321020-19/fragment/page=0005

Der deutsche Strom!



Gibt es einen Deutschen, der ihn nicht wenigstens dem Namen nach kennt, der ihn nicht schon besungen hat, dem er nicht Inbegriff deutschen Heimatgefühls ist, der Strom, dessen Quelle und Mündung im Ausland liegt und der doch der Mittelpunkt deutscher Geschichte, deutscher Wirtschaft und deutscher Dichtung ist — der Rhein? — Gibt es aber viele Deutsche, die jenen anderen Strom kennen und verstehen, die wissen, daß er eine der Grundlagen der deutschen Wirtschaft, einer der Glanzpunkte deutscher Technik, eine der Voraussetzungen deutscher Heimkultur ist, der elektrische Strom?

Wie kann dieses unsichtbare Etwas, diese geheimnisvolle Kraft, diese internationale physikalische Größe etwas Bodenständiges sein, hat diese rein technische Angelegenheit etwas zu tun mit nationalen Fragen irgendwelcher Art?

„Strom" vermindert Einfuhr.

Das ist es, was die meisten Menschen nicht wissen und auch nicht ohne weiteres als bare Münze nehmen. Vergessen sind schon fast die Zeiten, in denen der elektrische Strom den Haushalt unabhängig machte von der Einfuhr fremdländischen Petroleums; vergessen, daß im Krieg der elektrische Strom es war, der in die entlegensten Winkel Deutschlands die Möglichkeit der Verwendung künstlicher Energie brachte; vergessen, daß ohne Elektrizität unsere Aluminium-Industrie, unsere chemische Industrie sich nicht zu jener Größe hätten entwickeln können, die weite Kreise der deutschen Wirtschaft unabhängig vom Ausland machte. Die deutschen Ströme, die vom Gebirge zum Meer fließen, stellen uns ihre Energie in Form elektrischen Stromes zur Verfügung; deutsche Kohle, die bis auf weiteres in unerschöpflichen Mengen im Boden liegt und zu den wertvollsten Naturschätzen gehört, die der sonst arme deutsche Boden enthält, gibt die in ihr aufgespeicherte Sonnenenergie vergangener Jahrmillionen im elektrischen Strom an die heutige deutsche Wirtschaft ab. Die Deutschen Siemens, Rathenau, Miller und zahllose andere Träger teils weltberühmter, teils weniger bekannter Namen haben entscheidend an der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung mitgearbeitet, die dieses Wunder ermöglichte, so daß der vielgenannte Altmeister deutscher Ingenieurkunst, Oskar von Miller, heute sagen kann: was in seinen jungen Jahren als kühner Traum gegolten hat, ist heute Wahrheit geworden: der elektrische Strom durchdringt Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Verkehr, ja er ist schon fast bis in den letzten Haushalt eingedrungen als Spender für Licht, Kraft und Wärme.

„Strom" bewahrt Kulturgüter.

Wie hätte das Handwerk, dieser Nährboden deutscher Kultur, dem Ansturm des eisernen Zeitalters, der Dampfmaschine, der Industrialisierung, standhalten können, wenn nicht der Elektromotor auch dem kleinsten Betrieb die Möglichkeit zur Verwendung mechanischer Hilfe gegeben hätte? Noch viel entscheidender wird die Elektrizität auf die Erhaltung des Haushalts und der deutschen Heimkultur einwirken. Schon heute sieht man allgemein in den elektrischen Haushaltsmaschinen, deren bekanntester, aber noch keineswegs wichtigste Staubsauger und Waschmaschine sind, Arbeitshilfen für die Hausfrau, ohne die sie den an sie herantretenden Anforderungen kaum mehr gewachsen wäre. Die Körper- und Gesundheitspflege durch elektrische Geräte wie Heizkissen und dergleichen, die geschmackvolle Ausgestaltung des elektrisch beleuchteten Heims, die elektrische Wärmebereitung in der Küche, wo an die Stelle eines „mühsam Walten" heute ein „einfach Schalten" getreten ist — dies alles bedeutet keineswegs nur eine unmittelbare Ersparnis an Arbeitskraft, Zeit, auch nicht allein einen Gewinn an Hygiene, Sauberkeit usw.; da diese Errungenschaften heute längst nicht mehr Vorzüge der Reichen, sondern Eigentum aller Klassen geworden sind, ist der Einfluß auf das Befinden und die Wirksamkeit der Frau als Hausfrau und Mutter von zunehmender und nicht zu leugnender Größe. Es ist durchaus keine hohle Redensart, wenn von dieser Bewegung ein tiefgreifender Einfluß auf das Familienleben und von hier aus auf die deutsche Lebenskultur erwartet wird.

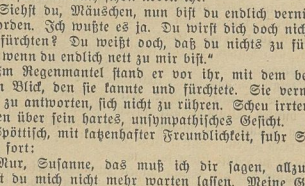
„Zu teuer . ."!?

Daß die Öffentlichkeit wenigstens gefühlsmäßig diese Erwartungen heute schon hegt, geht aus dem Interesse hervor, mit dem die Fragen der Stromversorgung allenthalben diskutiert werden. Wenn auf der Weltkraftkonferenz der Plan einer europäischen Großkraftversorgung zur Erörterung gestellt wurde, oder wenn von Miller auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums Pläne für eine einheitliche Ausgestaltung der deutschen Elektrizitätswirtschaft veröffentlicht hat, so befaßt sich die Allgemeinheit aufs lebhafteste mit solchen Gedanken. Dabei sind Zürnimer über die wirtschaftliche Voraussetzung der Elektrizitätswirtschaft allerdings nicht zu vermeiden. So kann man auch neuerdings wieder hören, daß die deutsche Elektrizitätswirtschaft von rein kapitalistischen Interessen und nicht von den wahren Bedürfnissen der Öffentlichkeit bestimmt würde. Dabei wird vergessen, daß der überwiegende Teil der deutschen Stromversorgung in öffentlicher Hand liegt, also in Händen des Reiches, der Länder, der Provinzen, der Gemeinden usw. Wunschträume, die dem einzelnen Haushalt niedrige Strompreise zusprechen, finden aus naheliegenden Gründen leicht Glauben, und die Schuld wird vielfach einer Geistesart zugeschrieben, die im Eigennutz wurzelt statt im Gemeinsinn. Solchen Gedankengängen gegenüber darf man allerdings den klaren kritischen Blick nicht verlieren. Es ist leider nicht zu bestreiten, daß die Stromprelspolitik noch vielfach unter Gesichtspunkten steht, die heute ihre Berechtigung verloren haben, und daß vor allem die Wirtschaftsnot der öffentlichen Körperschaften aus den Stromversorgungsbetrieben vielfach Versorgungsbetriebe für notleidende Kommunen gemacht hat. Über derartige Fälle, die im übrigen ja größtenteils der öffentlichen Kontrolle unter-

Neue Kochgeschirre.

Wer sich die Töpfe ansieht, die in den meisten Haushaltungen in Benutzung sind, muß zugeben, daß diese wichtigsten Gebrauchsgegenstände für die Zubereitung der täglichen Mahlzeiten sehr häufig nicht in Einklang stehen mit den Forderungen an Hygiene und Sauberkeit, die die deutsche Hausfrau sonst zu stellen gewohnt ist. Der blank gescheuerte Aluminiumtopf wird solchen Ansprüchen noch am ehesten gerecht. Das Schönste aber, was es an Kochtöpfen überhaupt gibt, sind die verschiedenen Ausführungen von Spezialkochtöpfen, wie sie insbesondere für elektrische Küchen hergestellt werden, aber auch für jede andere Kochweise sich eignen. Diese Töpfe, nach besonderen Normen aufs zweckmäßigste in Form und Inhalt ausgestaltet, zeichnen sich durch kräftige Wandungen und starke Böden aus, die nicht in Form von Beulen die Spuren vernachlässigter Behandlung zeigen. Daß diese Töpfe teurer sind als einfache Töpfe, ist selbstverständlich, aber unsere Hausfrauen sollten nicht vergessen, daß ein guter Kochtopf erste Voraussetzung für gutes Geraten der Speisen ist, und daß massiv ausgeführtes Kochgeschirr ein Vielfaches der Lebensdauer aufweist. Vor allem, wer sich der heute immer mehr aufkommenden elektrischen Kochweise bedient, sollte nicht zögern, durch massives Aluminiumgeschirr seine Freude am Kochen zu steigern und gleichzeitig den Stromverbrauch zu beschränken

Für Deutsche nur



Deutscharbeit

Praktische Winke.

Das Entfernen der Nagelhaut ist gar nicht nötig, wenn man täglich beim Abtrocknen der Hände den Hautrand zurückschiebt. Damit vermeidet man am sichersten die Bildung von Nebnägeln.

Gesichtsrunzeln werden bei der Damenwelt allgemein gefürchtet; man erblickt in ihnen die Vorboten des Alters, die sich namentlich an den Augenwinkeln in den berüchtigten Krähenfüßen zuerst zeigen. Diese Betrachtung ist nicht ganz richtig, denn es ist allbekannt, daß Sorgen, seelisches Leid und fortdauernder Kummer in der Gesichtshaut ihre Spuren hinterlassen. Also nicht nur das Alter erzeugt diese Gesichtsfalten, sondern auch die seelischen Erschütterungen, die für manche Menschen unvermeidlich sind. Trotzdem sei darauf hingewiesen, daß sich diese Runzeln vermeiden und zum Teil sogar auch wieder entfernen lassen.

Funk-Ecke

Freitag, den 21. Oktober:

Deutsche Welle 1635.

15.00: Jungmädchenstunde. * 15.45: Wir arbeiten am Mikroskop. * 16.00: Die höhere Schule im Dienst der Berufserziehung. * 16.30: Nachmittagskonzert Leipzig. * 17.30: Die deutsche Dichtung vor dem Weltkriege (1890—1914). * 18.00: Neuwertung der Familie. * 18.30: Stand der Handelspolitik. * 19.00: Wissenschaftlicher Vortrag für Ärzte. * 19.20: Weltmächte der Erde: Salz. * 19.40: Zeitdienst. * 21.15: Heimatsucher (Lehrspiel). * 20.05: Aus dem Festsaal der Liederhalle, Stuttgart: Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters Stuttgart. * 21.15: „Heimatsucher." Ein Lehrspiel von Neta Brix.

Sonnabend, den 22. Oktober:

Deutsche Welle 1635.

11.00: Stunde der Unterhaltung. * 15.00: Kinderbastelstunde. * 15.45: Was junge Mütter wissen sollten. * 16.00: Kitsch und seine Bedeutung für Kunst und Leben. * 16.30: Nachmittagskonzert Hamburg. * 17.30: Mund- und Zahnpflege der Kranken und Schwangeren. * 17.50: Stätten westlicher Kultur in der Überlieferung der Odyssee. * 18.05: Neue Schallplatten. * 18.30: Deutsch für Deutsche (Anfangsgründe). * 19.00: Französischer Sprachunterricht. * 19.40: Kirche und Gesellschaft. * 20.00: Aus der Stadthalle Wuppertal-Barmen: Veranstaltung zum Besten der Winterhilfe des Westdeutschen Rundfunks.

Mitteldeutscher Rundfunk

Freitag, 21. Oktober.

14.00—14.30: Kunstberichte. * 15.15: Landwirtschaftsrat Z. Schomerus: Herbstübungen des Hausgartens. * 16.00: Dr. H. Böhme: Inselwunder. * 16.30: Nachmittagskonzert. Leipz. Sinfonieorchester. Dirig.: Th. Blumer. * 17.30: Stunde mit Büchern. Sprache in Kultur und Volkstum. Sprecher: K. Baumgarten. * 18.00: Hygienefunk. Prof. Dr. H. Kionka: Alkohol im menschlichen Körper. * 18.25: J. Margoliouth: Englisch. * 18.50: Wir geben Auskunft. * 19.00: Oberstudiendirektor E. Merbitz: Wege der alkoholfreien Jugenderziehung. * 19.30: Das Emde-Orchester spielt zum Tanz. * 20.30: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Aus einer Jahreskantate alter deutscher Volkslieder, für Männerstimme und Frauenstimme zu zwei Lauten gesetzt und zusammengestellt von H. Scherrer. Gesungen von Helga Thorn und O. Besemfelder. * 21.00: Ruf an Deutschland. Vorspiel und Auswahl: W. Brockmeier und Dr. W. Koch. Leitung: H. Langewisch. Sprecher: Lotte Gruner, R. Schröder, A. Posse und K. Zimmermann.

Sonnabend, 22. Oktober.

14.00: Funkberatung. * 14.10: Funknachrichten. * 14.20: Arbeitsmarkt des Landesarbeitsamtes Sachsen. * 14.30: Spielen und Basteln mit Dr. Lisle Obrig. * 15.15: R. M. Blunich: Überraschende Schlußzüge im Schachproblem. * 16.00: Musikberatung des Mitteldeutschen Rundfunks. * 16.30: Der Prozeß ist gewonnen! Landgerichtsrat i. R. P. Gäbler und Amtsgerichtsrat Dr. P. Mayer. * 17.00: Nachmittagskonzert. Stadtorchester, Döbeln i. Sa. Dirig.: Musikdirektor E. Herrmann. Döbelner Singgemeinschaft. Dirig.: R. Rosenbaum. * 18.30: Prof. Dr. P. Gedan: Anzeigendeutsch. * 18.50: Gegenwartslexikon. * 19.00: Dr. R. Sängewald: Strahlungen aus dem Weltall. * 19.30: Schwabenliederd, gesungen von Kammersänger F. Büttner. Am Flügel: H. Schaefer. * 20.00: „Alte Tänze — neue Lieder, neue Tänze — alte Lieder." Aus Breslau. Ansage: F. Günther. Funkkapelle, Dirig.: F. Marszalek. Solist: F. Baumann. * Dazwischen 21.00: Nachrichtendienst aus Breslau

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[32

Man konnte Magdalene nicht beruhigen und mußte sie aus dem Zimmer bringen.

Susanne hatte wie gelähmt die Vorgänge beobachtet. Wild kreiste das Blut in ihren Adern. Das Kind fühlte unbewußt die häßliche Seele dieses Mannes, und es nützte nichts, daß er sich zu verstellen suchte. Oh, wenn sie es hätte machen können wie ihr Kind, wenn sie diesen Menschen hätte abschütteln dürfen wie ein giftiges Insekt.

Sie war glücklich, als ihr Mann erschien, sie abzuholen. Und sie wußte, daß Sagenheim jetzt einen Fluch unterdrückte, weil die Beute ihm im letzten Augenblick fortgeschnappt worden war . . .

Es war ein trübseliger Novembertag, als Susanne es im Hause nicht mehr aushielt. Sie sehnte sich so nach frischer Luft, daß sie sich trotz des leise rieselnden Regens auf den Weg machte, fest in ihren Regenmantel eingehüllt.

Unfreundlich war es draußen, totenstill. Langsam durchschritt sie die aufgeweichten, schmalen Waldwege.

Der Regen hatte sich vermindert, fast aufgehört. Susanne hatte einen Baumstamm gefunden, sich niedergelassen. Lange saß sie da, in ihre Gedanken versunken.

Mit einem Male hatte sie das Gefühl, als ob jemand hinter ihr stehe. Eine lähmende Angst befiel sie; sie wagte nicht, sich umzusehen. Sie wußte, wer sie da belauerte.

Sie erhob sich, schlafwandlerisch fast, ging langsam den Weg zurück. Sie wußte, daß er ihr folgte, daß er hinter ihr war, ihr unerbittlicher, grausamer Feind.

Sie achtete nicht auf den Weg, ging über Geröll und durch Gestrüpp, ihr Verfolger immer hinter ihr her.

Keuchend ging ihr Atem; der stärker einsetzende Regen durchnäßte sie. Erschöpft blieb sie plötzlich stehen. Sie war am Ende ihrer Kraft.

Da stand er auch schon neben ihr.

„Siehst du, Mäuschen, nun bist du endlich vernünftig geworden. Ich wußte es ja. Du wirst dich doch nicht vor mir fürchten? Du weißt doch, daß du nichts zu fürchten hast, wenn du endlich nett zu mir bist."

Im Regenmantel stand er vor ihr, mit dem begehrlichen Blick, den sie kannte und fürchtete. Sie vermochte nicht zu antworten, sich nicht zu rühren. Scheu irrten ihre Augen über sein hartes, unsympathisches Gesicht.

Spöttisch, mit katzenhafter Freundlichkeit, fuhr Sagenheim fort:

„Nur, Susanne, das muß ich dir sagen, allzulange darfst du mich nicht mehr warten lassen. Meine Geduld ist bald erschöpft."

Da riß Susanne alle ihre Kraft zusammen, sah ihn mit großen Augen an und fragte bebend:

„Warum verfolgen Sie mich? Was wollen Sie von mir?"

„Was ich will? Dich will ich, mein süßes Kind — dich ganz allein."

Aechzend trat Susanne einen Schritt zurück. Aber schon hatte er ihre Hand ergriffen, sprach leise auf sie ein:

„Solche Angst hast du also vor mir? So, so. Aber ich preise den Zufall, der dich mir endlich allein in den Weg geführt hat. Schon lange warte ich auf eine Aussprache, die unter der Gesellschaft unmöglich ist.

Ich bin toll vor Sehnsucht nach dir, ich lechze nach deinem Mund, nach deinem Körper. Es soll wieder so werden wie damals in Königsberg.

Weißt du es noch?

Denkst du noch daran, wie wir uns zum ersten Male sahen? Zum ersten Male küßten? Und wie nett du warst, als du dann einmal beschwipst warst? Du wolltest erst nicht trinken, aber mir zuliebe tatest du es doch. Wie reizend du dann warst, wie du mir müde in die Arme sankst . . ."

Sagenheim achtete nicht darauf, daß Susanne, wimmernd die Hände vors Gesicht geschlungen, an einen Baum gesunken war. Er sprach unaufhörlich weiter.

„Gott, war diese Zeit schön — warst du berauschend . . . Und dann hab' ich dich ganz aus den Augen verloren — und ich erinnere mich: Du erzähltest doch da etwas — an dem Abend, als ich zu der dummen Gesellschaft gehen mußte und keine Zeit hatte für deine kleinen Kümmernisse — und schriebst es dann auch . . . Was ist denn nun daraus geworden?"

Entsetzen, tödliche Angst malten sich in Susannes Gesicht. Ihre Brust hob und senkte sich mühsam; mit erloschenen Augen sah sie ihn an. Dieser Schurke, alles hatte er gewußt, damals — und hatte sie trotzdem im Stich gelassen. Und nun, jetzt wagte er, davon anzufangen.

„Ich weiß nicht, was Sie meinen", sagte sie dann hilflos.

„So, so, du weißt nicht, was ich meine. Na, da will ich deinem Gedächtnis ein wenig nachhelfen."

Er zog ein Päckchen Briefe aus der Brusttasche. Susanne erkannte sie zu ihrem Entsetzen. Es waren die wenigen Briefe, die sie ihm in Königsberg geschrieben hatte.

„Siehst du, mein Mäuschen, ich trage sie immer bei mir. Man kann nie wissen, wenn man sie brauchen kann. Aber, um bei der Sache zu bleiben, das Kind ist wohl tot? Das hatte ich mir schon gedacht. Sag mal, weiß denn dein Mann von all diesen Sachen? Wahrscheinlich nicht. Und was meinst du, wenn ich ihm alles erzählen, ihm diese Briefe da zeigen würde?"

Schluchzend lag Susanne vor ihm auf den Knien. Mit gefalteten Händen sah sie zu ihm auf, bat sie ihn:

„Erbarmen — haben Sie doch Erbarmen! Ich habe Ihnen doch nichts getan, daß Sie so grausam sind."

Triumphierend sah er auf die Frau hinunter. Oh, nun hatte er sie so weit, wie er sie haben wollte.

„Erbarmen?" fragte er kalt.

Mit flimmernden Augen sah er sie an, ohne ein weiteres Wort zu sagen. Susanne sprang auf. Dieser Mann da vor ihr war kein Mensch, das war der lebendige Satan.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321020-19/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg, im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 126. **Donnerstag, den 20. Oktober 1932.** **35. Jahrg.**

70 Millionen Reichsmark mehr Sozialleistungen

Verbesserung der Sozialhilfe.

11 Millionen monatliche Mehrleistung für Arbeitslose.

Durch die letzte große Notverordnung des Reichspräsidenten wurde die Reichsregierung ermächtigt, gewisse Reformen an der Sozialversicherung vorzunehmen. An diese Ermächtigung knüpften sich gleich nach der Bekanntgabe in einem Teil der öffentlichen Meinung die schwärzesten Vermutungen über beabsichtigte Kürzungen der Sozialleistungen. Durch die jetzt veröffentlichte Verordnung zur Ergänzung der Sozialleistungen, die auf Grund dieser Ermächtigung ergangen ist, werden diese Vermutungen als irrig erwiesen, denn die Verordnung bringt nicht eine Kürzung, sondern eine Erhöhung gewisser Versicherungsleistungen, soweit sie im Rahmen der noch immer angespannten finanziellen Lage der Versicherungsträger bis jetzt möglich ist.

Die Reichsregierung war im Sommer dieses Jahres wegen der trostlosen finanziellen Lage des Versicherungsträgers zu starken Einschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung gezwungen. Sie hat damals die harten Maßnahmen nicht vermeiden können, sie begrüßt es, daß jetzt in gewissem Umfange die Möglichkeit geboten ist, die Leistungen zu ergänzen.

Durch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung fließen den Arbeitslosen jetzt monatlich 11 Millionen Mark mehr zu als bisher. Die Reichsregierung beabsichtigt, in dieser Hinsicht noch mehr zu tun, sobald die finanzielle Lage es zuläßt.

Über die Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Die Verordnung bringt an erster Stelle eine

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen zwei Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf drei Reichsmark und bei mehr als vier Angehörigen auf vier Reichsmark. Arbeitslosen, die einer höheren Lohnklasse als VI angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. **Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.**

Die neue Verordnung beseitigt ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der Notverordnung vom 14. Juni ergaben. Sie enthält eine weitere Vorschrift, wonach zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegrößen in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 ergeben, aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von acht Millionen Reichsmark verwendet werden kann.

In der Krankenversicherung

hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche Mehrleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 Prozent des Grundlohnes) nicht übersteigt. Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfange Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Überschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß anstelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitragserhöhungen dafür werden im allgemeinen nicht notwendig sein.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert alle Unfallrenten, auch die Renten für Unfälle der Gegenwart und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß

die Renten und Unfälle,

die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, nicht mehr gekürzt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich

der Kriegsopferrenten

vor. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 Mark im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtage festgestellten Renten gelten.

Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in Aussicht genommen, daß

in der Rentenversicherung

für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gesetzlichen Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausführung dieser Vorschrift trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen. Danach wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Über die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften n[illegible] Angestelltenversicherung die Er[illegible] Wunsches möglich sein, die Gewährung von [illegible] und Kinderzuschüssen über das 15. Lebens[illegible] fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleist[illegible] zulässig, wenn sie die Deckung der Regell[illegible] gefährdet. Die Invalidenversicherun[illegible] leider an die Einführung von Mehrleistun[illegible] noch nicht denken können. Auch hier kann [illegible] Lage ändern, wenn die finanziellen Unterl[illegible] validenversicherung in Ordnung gebracht sind.

*

Die Aufwendungen der neuen Sozialver[illegible]

Mittelweg zwischen wirtschaftl[illegible] sozialen Forderungen

Die Gesamtaufwendungen der Verordn[illegible] gänzung von Sozialleistungen belaufen sich [illegible] rund 70 Millionen Mark. In der Arbe[illegible] hilfe beträgt der Mehraufwand für d[illegible] 31. Oktober bis 31. März rund elf Millionen [illegible] lich, also insgesamt 55 Millionen Mark. Die [illegible] der Unfallrente beziffert sich auf jährl[illegible] lionen Mark. Der Mehrbedarf durch die Ve[illegible] Verhältnis der Kriegsbeschädigten [illegible] Invalidenrente beläuft sich im ersten Jahre [illegible] Million Mark. Die Verbesserung der Krieg[illegible] rente beziffert sich in ihrer Auswirkung au[illegible] Millionen Mark.

Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium erklärte vor Pressevertretern, daß die Verordnung den Mittelweg einhalte, denn sie sei sowohl nach wirtschaftlichen als nach sozialen Gesichtspunkten verfaßt worden. Was die Milderung bezüglich der Kriegsopferrente angehe, so sei es der besondere Wunsch des Reichspräsidenten gewesen, daß die Kriegsopfer von gewissen Hemmungen rechtmäßiger und verwaltungsmäßiger Art befreit werden sollten. Für die Kriegsbeschädigten ist in Zukunft eine Freigrenze in Höhe von 25 Mark eingeführt werden, d. h. an einem Beispiel erläutert: bezieht jemand eine Kriegsrente in Höhe von 50 Mark und erhält dazu eine Invalidenrente von 40 Mark, so war nach dem bisherigen Recht der Anspruch aus der Invalidenrente bereits durch die Kriegsopferrente gedeckt. Wenn nun eine Freigrenze von 25 Mark eingeführt wird, so muß künftig aus der Invalidenrente noch ein Betrag von 15 Mark gezahlt werden. Bei den Kannbezügen läßt die Verwaltung, wie Staatssekretär Grieser weiter erklärte, die Rücksicht walten, die den Kriegsopfern zukomme. Das gelte insbesondere für die Kapitalabfindung bei Zwangsversteigerung von Grundstücken usw.

Unterstützungsempfänger müssen wieder Lohnempfänger werden!

Reichsarbeitsminister Schäffer sprach im Rundfunk über die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen. Er führte u. a. aus: Es kommt weniger auf den Abstand zwischen der Zahlenreihe der Arbeitslosigkeit von heute und der des Jahres 1931 an, bezeichnend ist vielmehr die Richtung, nach der sich die beiden Zahlenreihen bewegen. Bei dem Abstieg von der Höhe des letzten Winters bis jetzt hat sich das Heer der Arbeitslosen stark und fast ohne Unterbrechung — im ganzen um 1 030 000 Mann — verringert. Wenn auch für die erste Oktoberhälfte dieses Jahres abschließende Zahlen noch nicht bekannt sind, so sprechen doch die vorläufigen Meldungen gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer in diesem Zeitabschnitt. Für

die beginnende Genesung der Wirtschaft

führte der Minister weiter die Wschäftigtenziffer an und verwies dabei auf die Statistik des ADGB. Damit stimme eine weitere Tatsache überein: Bei den Versicherungsträgern ziehen die Beitragseinnahmen langsam an. Zu den Ursachen dieser befreienden Erscheinung gehört auch der Wirtschaftsplan der Reichsregierung. Wenn die Reichsregierung daraus jetzt die notwendigen Folgerungen auf dem Gebiete der sozialen Leistungen zieht, so entspricht das der unaufhörlichen Wechselwirkung zwischen Sozialpolitik und Wirtschaft.

Unentbehrlich ist das Brot der Unterstützung, würdiger aber das Brot aus der Arbeit. Deshalb wird die Reichs[illegible]unsetzen, durch Vergebung von [illegible]en, vor allem aber durch einen [illegible]Wirtschaft, aus Unterstützungsemp[illegible]nempfänger zu machen. Sie [illegible] nicht abbringen.

[illegible]lle ich fest, daß sich mit der Krisen[illegible] ein Wandel in der Geistes[illegible]Im Arbeitsdienst stehen jetzt [illegible]stwillige ohne Unterschied des [illegible] politischen Partei. In diesem [illegible] von den Jungen noch lernen. [illegible]beiten finden etwa 140 000 bis [illegible]t. Der Verordnung vom 5. Sep[illegible]etzt rund 51 000 Arbeitslose die [illegible] Betrieb. Einen besonderen Auf[illegible]ungsziffer erwartet die Reichs[illegible]nergutscheinen. Von dem [illegible]sätzliches Opfer verlangt werden, [illegible]tel einsetzt im wachsenden Ver[illegible]s Wirtschaftsrad in Schwung [illegible] des Baues von Eigen[illegible]chsregierung für die Deckung von [illegible]efendarlehen in Abschnitten von [illegible]ähren. Dafür wird der Haushalt [illegible] Millionen Mark einsetzen.

[illegible]tische Nachrichten.

[illegible]ntingentierungsabord[illegible]m kommend — in Paris ein[illegible]lungen haben sofort begonnen.

*

Das technische Abkommen zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die Reichsliste ist für die Wahlen vom 6. November unverändert erneuert worden.

*

Amerikanische Zeitungen hatten gemeldet, daß Reichspräsident von Hindenburg kürzlich auf der Treppe gestürzt sei und schweren Schaden genommen habe. Diese Meldung ist völlig unzutreffend. Richtig ist lediglich, daß der Reichspräsident kürzlich auf dem Boden ausgerutscht ist, aber ohne jeden Schaden zu nehmen. Er hat seine Amtstätigkeit überhaupt nicht zu unterbrechen brauchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321020-19/fragment/page=0007